# Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

**Nr. 565. Mittag-Ausgabe.** Siebenundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Montag, den 3. Dezember 1866.**

## Deutschland.

### O. K. C. Landtags-Verhandlungen.

**Berlin**, 1. Dezember.

**35. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.**

Eröffnung 10¼ Uhr. Die Tribünen sind besetzt. Am Ministertische die Minister Graf zu Eulenburg, Graf zur Lippe und zahlreiche Commissare der Ministerien der Justiz und des Innern.

Präsident v. Forckenbeck theilt wiederum einige Zuschriften der obersten Behörden mit, betreffend den geschäftlichen Verkehr mit dem Hause in Bezug auf die Vorberathung einzelner Etats.

Ein vom Abg. Rohden eingebrachter Antrag (s. unten) wird der Finanz-Commission überwiesen.

Abg. Dr. Eberty äußert den Wunsch, daß der Vertrag mit Sachsen gedruckt werde, ehe er auf die Tagesordnung gesetzt würde.

Abg. v. Vincke (Olbendorf) verlangt dasselbe hinsichtlich des Friedens-Vertrages mit Hessen-Darmstadt.

Der Präsident erklärt, daß der Druck in einigen Tagen vollendet sein wird. — Das Haus tritt in die Tagesordnung ein und erledigt den Rest des Etats des Justiz-Ministeriums, die einmaligen Ausgaben für Dienst-Gebäude, ohne Widerspruch.

Es folgt die Berathung des Etats des Ministeriums des Innern für das Jahr 1867. Die Einnahmen sind veranschlagt auf 703,318 Thlr. (16,145 Thlr. mehr), darunter 89,892 Thlr. aus der Polizeiverwaltung, 529,814 Thlr. aus der Verwaltung der Straf-, Besserungs- und Gefangenen-Anstalten (20,110 mehr), 82,610 Thlr. aus der Verwaltung der Regierungs-Amtsblätter (1650 Thlr. mehr). Es erscheinen in 25 Regierungs-Bezirken eben so viel Amtsblätter und 24 öffentliche Anzeiger, da in Stralsund kein Anzeiger erscheint; die ersteren in einer Stärke von 139,550, die letzteren von 123,825 Jahres-Exemplaren. Ihr Debit bringt 61,368 Thlr., die Insertionen bringen 21,144 Thlr. ein, in Summa 82,610 Thlr. gegen 76,190 Thlr. Ausgaben. Die fortdauernden Ausgaben betragen 5,588,579 Thlr. (5416 Thlr. mehr), nämlich für das Ministerium 118,326 Thlr. (5300 Thlr. mehr), für das statistische Bureau 21,600 Thlr. (500 Thlr. mehr), für das meteorologische Institut 5000 Thlr. (500 Thlr. mehr), für die landräthlichen Behörden 948,523 Thlr. (32,570 Thlr. mehr), darunter Besoldungen 614,650 Thlr. (600 Thlr. mehr), Dienstaufwands-Entschädigungen 328,373 Thlr. (31,970 Thlr. mehr), für die Polizei-Verwaltung 927,809 Thlr. (34,482 Thlr. mehr), darunter für allgemeine polizeiliche Zwecke 50,327 Thlr. (1227 Thlr. weniger), Dispositionsfonds zu geheimen Ausgaben im Interesse der Polizei 35,000 Thlr. (unverändert), Landgendarmerie 1,129,368 Thlr. (16,508 Thlr. mehr), Straf-, Besserungs- und Gefangenen-Anstalten 1,841,906 Thlr. (87,651 Thlr. weniger), da u. A. die sächlichen Ausgaben sich um 92,659 Thlr. gegen das Vorjahr vermindert haben, Wohlthätigkeitszwecke 492,714 Thlr. (600 Thlr. weniger), darunter zur Unterstützung von Kriegern aus den Jahren 1806—15 299,140 Thlr.; allgemeine Ausgaben für verschiedene Bedürfnisse der Verwaltung des Innern (24,143 Thlr.), Dispositionsfonds für dieselbe (3000 Thlr.), Amtsblätter (76,190 Thlr.), in Summa 103,333 Thlr. (3657 Thlr. mehr). Die einmaligen Ausgaben für 1867 betragen 98,200 Thlr. (um 60,200 Thlr. mehr), darunter 17,500 Thlr. für das statistische Bureau, 30,000 Thlr. für die Polizeiverwaltung, 50,700 Thlr. für die Strafanstalts-Verwaltung.

Reg.-Commissar Wulffshein: Der Etat ist fast durchgängig übereinstimmend mit dem für 1866. Die Mehransätze bestehen mit Ausnahme einer Position von 31,900 Thlrn. für die landräthliche Verwaltung wesentlich aus den Beträgen, welche ursprünglich für 1866 angesetzt waren, deren Verwendung aber ausgeschlossen blieb. Dieselben sind in den Nachweisungen pr. 1866 enthalten und belaufen sich in ordinario: auf 58,217 Thlr. und in extraordinario: auf 65,700 Thlr., im Ganzen also auf 123,917 Thlr.

Abg. v. Unruh: Der Herr Minister des Innern hat neulich in spöttelnder Weise gesagt, daß eine Fraction, die sich der Regierung genähert, sich plötzlich fürchte, vor ihren Wählern dadurch Schiffbruch zu leiden und nun jede Gelegenheit benutze, um Opposition zu machen; daß ferner die Voraussetzung eines Dualismus im Ministerium eine irrige sei. Es scheint mir fast, als ob er meinen Freunden und mir im Besonderen diesen Vorwurf gemacht hat wegen einiger Briefe, welche ich an meine Wähler gerichtet habe. Ich glaube nun, daß man eine Trennung zwischen äußerer und innerer Politik bei der Indemnitäts-Erklärung allerdings vornehmen mußte und daß es gar keiner Rechtfertigung vor den Wählern bedarf, wenn man die äußere Politik unterstützt. Der Herr Minister-Präsident selbst hielt eine solche Trennung für sehr nothwendig. Es wurde damals bei der Anleihefrage das Vertrauen des Hauses zur Regierung in Anspruch genommen, und es hätte vielleicht mancher von meinen politischen Freunden sich sehr schwer entschlossen, auf dieser Basis der Anleihe zuzustimmen. Erst der Herr Minister-Präsident hat die Sache auf den rechten Fleck gestellt, indem er das Vertrauen zu seiner auswärtigen Politik in Anspruch nahm, zur Sicherung und Mehrung ihrer Resultate. Ich sehe den Dualismus allerdings als bestehend an. Ich halte den Minister-Präsidenten nicht für liberal und habe ihn nie dafür gehalten. Seine Neigungen stehen entschieden auf der conservativen Seite, ich glaube aber, daß seine Einsicht weit über seine Neigungen geht, wo es sich um die Erreichung großer Zwecke handelt.

Ich finde in seiner Politik im Gegensatz gegen unsere innere Politik dieselbe Tendenz wie in der Politik Friedrichs des Großen, d. i. einen selbstständigen, kräftigen, widerstandsfähigen Staat innerhalb Deutschlands zu schaffen. Diese war aber keine conservative, sie war entschieden revolutionär, sie war eine Auflehnung gegen Kaiser und Reich, gegen den Kaiser, der Deutschland schädigte; sie verletzte gründlich die historischen Ueberlieferungen, aber sie entsprach dem Bedürfniß. Sehen Sie auf den Ursprung Preußens: er ist revolutionär. Wir haben dann noch eine revolutionäre Periode, nicht von unten herauf, sondern von oben herunter, die Gesetzgebung von 1808 bis 1813, vielleicht bis 1821, welche sich die Früchte der französischen Revolution aneignete. Wenn Sie (nach rechts) auch jetzt noch gewisse Bedenken gegen diese Gesetzgebung haben, so werden Sie doch nicht läugnen können, daß darauf die intensive Kraft Preußens beruht. In diesem Sinne also nenne ich die Politik des Grafen Bismarck nicht conservativ, sondern, wenn Sie wollen, revolutionär. Dem Ansinnen des deutschen Fürstentages trat er mit der Antwort entgegen: allgemeines, gleiches Wahlrecht mit geheimer Abstimmung! Ob das conservativ ist, mögen Sie selbst entscheiden. Die jetzt enthüllte äußere Politik des Grafen Bismarck war schon Jahre lang darauf gerichtet, Oesterreich aus Deutschland zu entfernen. Auch die Beseitigung der Kleinstaaterei ist nicht conservativ, und ebenso verhält es sich mit dem Legitimitätsprincip.

Der Präsident unterbricht den Redner und bittet ihn, mehr zur Verwaltung des Innern zu sprechen.)

Abg. v. Unruh: Der Herr Minister des Innern hat speciell auf diese Politik des Gr. Bismarck hingewiesen und in Bezug darauf mich und meine Freunde bespöttelt.

(Der Präsident erklärt, daß er eben deswegen den Redner bisher nicht unterbrochen habe; er bittet aber wiederholt, doch speciell auf den vorliegenden Etat des Ministeriums des Innern zu kommen.

Abg. v. Unruh: Der Herr Minister des Innern hat früher gesagt, die Regierung werde uns bis zu einem gewissen Punkte entgegenkommen; seine späteren Erklärungen scheinen dies wieder aufzuheben. Er hat sich die scherzhafte Aufforderung erlaubt, wir möchten doch die Regierung unterstützen, so lange sie es nicht zu arg macht; uns genügt es, wenn sie es nur arg macht! Ueberhaupt schien mir in seiner und in den Reden des Herrn Justizministers das naive Zugeständniß zu liegen, daß die Regierung, je nachdem es ihr scheine, strenger oder nachgiebiger sein könne. Wenn uns gesagt wird: „Verlangen Sie doch nicht zu viel“, so frage ich nur, was verlangen wir denn anders, als die Erfüllung der Verfassung? Unsere Tendenzen in der inneren Politik sind nicht gegen die Personen gerichtet; wir können es den Personen überlassen, in wiefern es ihnen möglich ist, ihre Grundanschauung in Uebereinstimmung zu setzen mit den jetzigen Forderungen des Staates. Unsere Lage ist in der That jetzt noch, wie ich glaube, so gefährlich, daß wir keine Verzögerung eintreten lassen dürfen auf diesem Wege. Dagegen bin ich der Ueberzeugung, daß unsere jetzige innere Politik keinen Erfolg erreichen kann in Bezug auf diese naheliegenden großen patriotischen Zwecke. Nassau war, ehe es preußisch wurde, preußischer als jetzt, ebenso ist in Hannover nichts gebessert; es ist eben Thatsache, daß die Freunde, welche Preußen dort hat, die Liberalen sind. Schließt die Regierung dort ihren Frieden mit den Conservativen, so wird sie einen ewigen Krieg mit den Liberalen dort haben. Folgt daraus, daß die innere Politik im Gegensatze zu dem steht, was nothwendig ist, so kann ich die Verantwortung den Personen überlassen. Ich werde aber gegen alle Positionen stimmen müssen, welche ein Vertrauensvotum für die innere Politik enthalten. (Bravo links.)

Der Minister des Innern Graf zu Eulenburg: M. H.! Da ich vollständig unvorbereitet war auf die Apostrophe des Herrn Vorredners, so werden Sie mich entschuldigen, wenn ich mich in der Weise, wie ich es thun werde, gegen die Vorwürfe desselben vertheidige. Vor allen Dingen muß ich erklären, daß ich niemals über seine Partei gespöttelt habe; sodann wenn ich hin und wieder einen Ausdruck wie „zu arg“ gebraucht habe, daß ich auch damals nicht vorbereitet und die Verweigerung von Fonds, deren Bewilligung ich vorausgesetzt hatte, provocirt worden war. Wenn aber Herr v. Unruh so weit ausholt, um meiner Versicherung gegenüber die Behauptung einer Differenz innerhalb des Ministeriums aufrecht zu erhalten, so muß ich ganz einfach wiederholen, daß das nicht der Fall ist und daß dies auch aus seinen Argumenten sich nicht schließen läßt. Wenn ich auch einmal zugeben soll, daß die Politik des Grafen Bismarck nach außen revolutionär gewesen wäre, so kann das doch mit dem Conservatismus nach innen manchmal nicht nur verträglich, sondern sogar erforderlich sein. Es ist also nicht zu schließen, daß derjenige, der in der auswärtigen Politik revolutionär ist, gleiche Tendenzen im Innern verfolgen muß. Und daß man auch für das allgemeine Stimmrecht sein kann, ohne gerade liberal zu sein, ergiebt sich schon daraus, daß sehr viel Leute existiren, welche sagen, dasselbe sei eigentlich ein echt conservatives Princip. (Heiterkeit.) Wir werden ja sehen, wer Recht hat. Nun sagt Herr v. Unruh, die liberale Partei bekämpfe im Ministerium nur die Principien. M. H., wenn Sie das befolgen möchten, so würden wir uns leichter verständigen können, als das bisher geschehen ist. Die conservative Partei, jedenfalls aber die conservativ denkenden Leute, wie sie am Ministertische sitzen, haben das vor Ihnen voraus, daß sie wirklich sachlich handeln. Alle meine Collegen sind weit entfernt, gegen die Mitglieder der liberalen Partei, die Jahre lang gegen die Regierung agitirt haben, einen persönlichen Haß zu empfinden. Weder die Regierung noch die conservative Partei hat jemals einen vernünftigen Beschluß deswegen bekämpft, weil er von der liberalen Partei ausgegangen war. Sie aber haben das sehr oft gethan, nur weil er vom Ministerium oder von jener Seite (nach der Rechten deutend) kam. Und so lange Sie damit fortfahren, so lange wird diese Spannung zwischen uns zum größten Schaden des Landes fortdauern.

Meine Herren! Wenn Sie sich nicht von dem Gedanken durchdringen, daß von dem Augenblick, wo wir die Indemnität verlangten und Sie sie bewilligten, der volle Wille bei uns vorhanden war, fortan zusammenzugehen mit der Landesvertretung, wenn nicht auch Sie diesen Willen haben — und denselben in vollem Maße bethätigen, nicht also aus Princip Opposition machen — wir wollen ja gern Opposition haben, denn die Opposition berichtigt die Ansichten, aber nicht eine solche Opposition, die gemacht wird, um Opposition zu machen — wenn Sie fortfahren, Positionen in dem Etat zu streichen, blos weil sie in dem Etat des und des Ministers stehen, so ist das das Zeichen, daß Sie den Willen, sachlich mit der Regierung zu gehen, nicht haben, und so kommen wir dahin, daß die Positionen für die wichtigsten Zweige der Verwaltung von einer Majorität von ein, zwei Stimmen abhängig sind. Ich halte das für einen sehr betrübenden Zustand. Es ist oft gesagt worden: „was wollen denn eigentlich die jetzigen Minister? Sind alle die Maßregeln, die uns entgegenkommen, nicht von einem Theile derselben bekämpft worden?“ Dieser Behauptung gegenüber kann ich nur einfach an der Versicherung festhalten, daß an der Erzählung von einem Dualismus im Ministerium kein wahres Wort ist. So ist noch gestern erwähnt worden, daß einzelne Minister sich der Indemnitätsforderung entgegengesetzt hätten. Das ist nicht wahr; nur über die Form ist man zweifelhaft gewesen, nur die Frage lag vor, in welcher Form sollen wir das Budgetrecht des Hauses anerkennen? Aber über die Sache selbst ist nirgends auch nur irgend eine Meinungsverschiedenheit dagewesen, nachdem der Sieg bei Königgrätz erfochten war. Wir sagten uns: dieser Moment ist nicht geeignet, um jetzt mit der Volksvertretung kurzen Proceß zu machen, obgleich wir stark genug dazu waren. Gerade in diesem Moment, wo die Krone Preußen so stark dasteht, wollen wir zeigen, daß wir verfassungsmäßig regieren wollen, daß es uns um die Sache und nicht um die Person zu thun ist.

Jetzt ist der Moment gekommen, wo wir mit Ihnen zusammengehen können, weil keine Veranlassung mehr vorliegt, gewisse Rechte des Königs, wie wir sie auffaßten, mit der Schärfe zu vertheidigen, zu welcher wir früher gezwungen waren. Insofern ist das Ministerium ganz einig. Wie wäre es sonst möglich, daß wir dennoch zusammengehen könnten? Es wäre ja gar nicht denkbar. Nun geben Sie das zu: allein, fragen Sie weiter, wie werden sich die einzelnen Minister in die neue Lage finden. Dem Grafen v. Bismarck gestehen Sie das zu, denn der ist ja revolutionär nach außen, also wird er auch wohl liberal nach innen werden können. Der Kriegsminister ist auch sehr liberal, und der Herr v. d. Heydt, der hat auch schon so einen liberalen Anstrich. (Heiterkeit rechts.) Aber die anderen Minister werden sich nicht hineinfinden können in die neue Lage. M. H., wer hat denn eigentlich die neue Lage gemacht? Haben Sie sie gemacht oder wir? Wir sind es gewesen, m. H., und wir sollten uns doch wohl in das Bett hineinlegen können, das wir selbst uns gemacht. Ihnen, Ihnen allein fällt es schwer, sich in die neue Lage hineinzufinden. Thun Sie das aber endlich und gehen wir dann gemeinsam an die Arbeiten, die das Land bedarf! Sie werfen uns Mangel an Organisationen vor, aber waren solche Arbeiten in den letzten 4 Jahren möglich? Man hatte ja nicht den Muth, mit irgend einem Reformvorschlage vorzugehen gegenüber einem principiellen Widerstande und einer ekrasirenden Majorität. Also finden Sie sich hinein in die neue Lage, wir stecken darin und wir werden Ihnen das bei jeder Gelegenheit beweisen. Schon jetzt, sagt Herr v. Unruh, sei die Verstimmung in den neu erworbenen Ländern größer als Anfangs. Ich weiß nicht, woher Herr v. Unruh diese Nachrichten hat, aber ich will das einmal zugeben. Es ist das ja ganz natürlich, daß bei einer ganz neuen Ordnung der Verhältnisse in diesen Ländern sich eine gewisse Mißstimmung der Gemüther bemächtigt. Aber tragen wir denn die Schuld dessen, oder ist vielleicht Herr v. Patow die Ursache davon? Die Civilcommissare haben bis jetzt eigentlich souveräne Gewalt in jenen Ländern; wir können nicht eher Verfügungen treffen, als bis wir die Civilcommissare darüber gehört haben.

Und so weit sind wir noch nicht; erst in 3 bis 4 Monaten wird die Fülle der von diesen gesammelten Erfahrungen zu definitiven Resultaten führen. Aber was wir gethan haben sollen, um diese Mißstimmung herbeizuführen, weiß ich wahrhaftig nicht, es müßte denn, wie gesagt, speciell in Nassau von Patow die Schuld tragen. Daß in den neuen Landestheilen gerade die Liberalen die Freunde Preußens sind, weiß Niemand besser als ich. Wir stehen gerade mit den liberalen Elementen in jenen Ländern in sehr naher Verbindung. Die Conservativen dort schlagen sich mit ihrer Widerhaarigkeit selber ins Gesicht, und wenn sie sich an dem, was geschieht, nicht betheiligen, so ist das ihr eigener Schaden. (Zustimmung rechts.) Aber dann wären es ja eben nur die Conservativen, welche mißvergnügt sind, und wenn das der Fall ist, so wird sich doch Herr von Unruh darüber wohl nicht beklagen. — Meine Herren! Sie sagen, jede Verwaltung müsse absolut nach Principien geführt werden. Das ist nicht wahr; die Regierung ist weiter nichts, als eine Versammlung von acht bis neun Menschen, die menschlich handeln und menschlich denken und die den Staat etwa in derselben Weise verwalten, wie etwa der Magistrat die Stadt, nur im größeren Maßstabe. Da ist nun nichts gefährlicher, als zu denken, ein solcher principieller Rechtsgang sei durchführbar. Gäbe es nun Rechte und Principien, die durchzuführen sind, so kämen wir in einen Formalismus hinein, der auf die Dauer unhaltbar wäre. Es muß allerdings zu merken sein, ob conservativ oder liberal oder demokratisch regiert wird, ein Grundton muß erkennbar sein, aber blos jeden Augenblick Principien zur Geltung zu bringen, wäre auch für Sie (zur Linken) unmöglich. Ohne also gerade scharfe Partei zu sein, bleibt die Regierung aus Menschen zusammengesetzt, welche Menschen zu regieren haben und menschliche Klugheit anwenden muß. Das ist stets meine Ansicht gewesen, dabei bleibe ich. Ich habe leidenschaftslos gesprochen, wie ich es bin; ich erneuere aber den Appell an Sie, finden Sie sich in die neue Lage und versuchen Sie einmal, sachlich zu sein (Bravo rechts).

Abg. v. Hennig: Der Herr Minister prätendirt ganz leidenschaftslos gesprochen zu haben, aber er hat sich doch einer starken Verkennung der Personen schuldig gemacht. Was soll uns, die er angegriffen hat, dazu führen, die Personen dieser Minister zu hassen? Der Abg. v. Blanckenburg hat neulich ganz richtig bemerkt, daß wir keine Aussicht hätten, die Nachfolger dieser Herren zu werden, welches persönliche Motiv sollte uns also wohl bei unseren Angriffen leiten? Unsere Opposition hat vielmehr einen durchaus sachlichen Ursprung gehabt, die Ueberlastung nämlich des Landes durch ein übergroßes stehendes Heer. Wir haben geglaubt, von dieser Opposition abstehen zu können, als wir in der Thronrede die Versicherung erhielten, in Folge der Annexion werde eine Erleichterung der Militärlast eintreten und deshalb haben wir die Indemnität ausgesprochen, den Credit bewilligt. Der Herr Minister hat später von der moralischen Verpflichtung gesprochen, welche das Ministerium nöthigen werde, andere Wege zu betreten, und das eben tadeln wir, daß er dies Wort nicht gehalten hat, daß er vielmehr ausdrücklich erklärt, er werde vor wie nach in den Nichtbestätigungen bei Communalämtern fortfahren, also seinerseits nur an die Personen sich halten will. Der Herr Minister treibt persönliche Politik, nicht wir. Diese Herren können nicht vergessen, nicht wir. Der Herr Minister bestreitet, daß er neulich gegen uns gespöttelt habe, und sicherlich thut er gut daran, das in Abrede zu stellen, denn jener Spott fiel auf ihn selbst zurück. Wenn wir, wie er meinte, fürchteten, Schiffbruch vor unseren Wählern zu leiden, so räumt er damit ein, daß er selbst der Zustimmung des Landes nicht ganz sicher sein müsse. Man spricht von zwei Seelen im Ministerium, mir ist diese Frage sehr gleichgiltig, ich bin nur der Ueberzeugung, daß es nicht möglich ist, so fortzufahren im Innern, wie das bisher geschehen. Wir werden nicht immer einen Staat so überraschen, wie diesmal Oesterreich (große Unruhe zu Rechten, der Redner bemerkt gegen dieselbe: Diese Art, mir ein Mißfallen zu bezeigen, läßt mich sehr gleichgiltig).

Ja, m. H., überrascht, das erkennen selbst unsere Militärs an und es gereicht ja unserer Regierung zum Verdienste, daß sie es verstanden hat, den Gegner zu überraschen, bevor er genügend gerüstet war. Aber eine solche Ueberraschung gelingt nicht immer und deshalb muß Preußen auch noch immer verstärkt werden, daß das anders als auf Grundlage einer gesunden Provinzial-, Kreis- und Gemeinde-Ordnung geschehen könne, das glaube ich nicht. Und die Schritte des Ministeriums versprechen eine solche Wandlung nicht. Ob der Dualismus unter den Personen besteht, das ist mir gleichgiltig, die Hauptsache bleibt, daß die Politik der Regierung nach innen eine gleiche sein muß wie nach außen. Es ist unmöglich, daß man nach außen revolutionär sei, während man nach innen conservativ bleiben will. Man hat auf das allgemeine gleiche Wahlrecht hingewiesen. Ob dasselbe in demokratischem oder in conservativem Sinne sich bewähren wird, das weiß ich nicht, das Eine aber weiß ich, daß die Regierung weit stärkere Mittel auch in dieser Beziehung besitzt, als wir, die Landräthe, die Gendarmen, ihre verantwortungsfreien Zeitungen, in denen man uns auf alle Weise ungestraft verleumdet, während unsere Blätter fort und fort confiscirt werden (Unruhe zur Rechten, der Redner wendet sich dagegen mit den Worten: daß ich Ihnen damit nichts Angenehmes sage, das weiß ich, aber dazu bin ich auch nicht auf diesem Platze). Unsere Blätter werden fort und fort confiscirt und leider hat sich durch die Besetzung unserer Richterstellen auch dort ein Geist eingeschlichen, der uns nicht mehr bürgt für unbefangene Auslegung des Gesetzes. Es ist möglich, daß das norddeutsche Parlament ein reactionäres wird, aber ich weiß nicht, was Sie damit machen wollen. Aus Mecklenburg, aus Hannover werden derartige Elemente schon genug in das Parlament kommen, gesellt sich diesen auch noch eine Mehrzahl aus Preußen zu, so begreife ich nicht, was damit zu Stande gebracht werden soll? Es wird gar wenig sein. —

Wir bekämpfen die Etatspositionen nicht wegen gewisser Personen, sondern wegen ihrer mangelhaften Verwaltung, an denen die Minister selbst die Schuld tragen, die Person derselben ist uns sehr gleichgiltig. Wir verurtheilen es, wenn z. B. aus den geheimen Fonds der Stifter einer neuen Religion nach Dresden geschickt wird, um dort ein neues Blatt zu gründen. Er hat freilich dort nur erbittert, aber keinen Erfolg gehabt. Der Minister hat uns gesagt, daß er niemals Stadträthe bestätigen werde, welche die Aufrufe oppositioneller Wahlcomite's unterzeichnet haben, aber der Herr Minister bleibt nicht einmal bei diesem Worte stehen. In Schöneberg z. B. hat er ein früheres hochgeachtetes Mitglied dieses Hauses, den Rittmeister a. D. Herrmann (Hört! Hört!), als Stadtrath nicht bestätigt, obwohl derselbe niemals gegen das Ministerium gestimmt, niemals einem Wahlcomite oppositioneller Natur angehört hat. So hält der Herr Minister nicht einmal seine eigenen Versprechungen. Solcher Thatsachen giebt es viele, aber sie lassen sich nur in seltenen Fällen constatiren, da sie meist nur unter dem Siegel der Discretion mitgetheilt werden. Läge dies Hinderniß nicht vor, so ließe sich noch Vieles anführen. Es ist, wie gesagt, uns vollständig gleich, ob der Herr Minister einem Andern, der doch ebenfalls nur conservativ sein würde, Platz macht und so mögen Sie uns endlich mit so unbegründeten Vorwürfen verschonen. (Bravo links.)

Abg. v. Flottwell: Ich freue mich, daß die heutige Debatte nicht den Ton der gestrigen anschlägt, daß besonders der erste Hr. Redner in so würdiger Weise gesprochen hat. Ich würde demnach keinen Grund zur Erwiederung haben, zumal nachdem der Hr. Minister selbst so ausreichende Antwort ertheilt hat, wenn ich nicht constatiren wollte den vollständigen Widerspruch, der zwischen unsern Anschauungen und denen der Gegenseite herrscht, und wenn ich nicht außerdem etwas entgegnen möchte auf die kleinen Scherze, die sich der Vorredner mit uns erlaubt hat. Der Sieg von Königgrätz, m. H., ist nicht irgend einer Ueberraschung zu verdanken, sondern der Tapferkeit unseres Heeres, der weisen Kriegführung unter dem Oberbefehl unseres Königs, der Aufopferung endlich unseres ganzen Volkes. Damit hat eine neue Kreisordnung nichts zu schaffen, ich halte es auch für die Zukunft mit dem alten Vertrauen auf unsere Armee. Der Hr. Vorredner hat uns von dem Schleier der Discretion gesprochen, der ihn hindere, noch Mehreres zu enthüllen. Aber er vergißt dabei, wie oft dieser Schleier sich trügerisch erweist und schließlich in Zeitungsenten sich auflöst. Der Vorredner behauptet, keinen Haß gegen die Minister zu empfinden? Aber es ist eine alte Erfahrung, daß derjenige, welcher Angriffe forcirt, leidenschaftlicher ist als derjenige, welcher nur Angriffe abzuwehren, sich nur zu vertheidigen hat. Und soll ich an gestern erinnern, war das etwa nicht der Ton persönlichen Hasses? Der Vorredner rechnet auch die Nichtbestätigung von Stadträthen, weil eben bestimmte Personen davon betroffen werden, unter eine persönliche Politik. Unter solcher Auffassung löst sich freilich der ganze Staat in Persönlichkeiten auf. Man spricht immer wieder von den zwei Seelen im Ministerium? Sieht denn etwa Graf Bismarck, dieser Mann aus Einem Guß, durch den in Preußen Alles geschieht, wie ein Januskopf aus? Den Hauptvorwurf, den stets wiederkehrenden, habe ich heute zwar nicht gehört, den Vorwurf nämlich eines Mangels an schöpferischer Thätigkeit des Ministeriums; aber da der Hr. Minister ihn in seiner Rede berührt, so erlauben Sie mir auch darauf einzugehen.

Das Ministerium hatte in den vier Jahren des vorangegangenen innern Kampfes stets nur die Stellung eines Fechters einzunehmen und dabei kann man nicht positiv arbeiten, nicht schaffen. Ja, die Kinder Israels, als sie aus der babylonischen Gefangenschaft zurückkehrten, haben freilich die Mauern ihrer Hauptstadt Jerusalem wieder auferbaut, in der einen Hand die Kelle, in der andern das Schwert — aber das, m. H., ist auch die größte That der Geschichte! (Stürmische Heiterkeit.) Sie haben es (zur Linken) in den letzten Jahren zu erreichen gewußt, daß das Land stets mit einer Art von Vergrößerungsglas auf die Thätigkeit dieses Hauses hinblickte, aber das Land ist des Conflictes jetzt herzlich überdrüßig; hüten Sie sich, daß der Tubus jetzt nicht umgekehrt werde, wo dann bekanntlich der Angeschaute nur als kleine komische Figur erscheint; hüten Sie sich, daß man nicht über Sie zur Tagesordnung gehe! (Bravo rechts.)

Abg. Jung: Es ist uns als eine Art liebevollen Hasses hingestellt worden, wenn das Ministerium jeden Andersdenkenden maßregelt und verfolgt — geschieht das etwa nach dem Worte der Bibel: Wen er lieb hat, den züchtigt er? Wir dagegen sollen stets nur systematische Opposition gemacht haben, als wenn wir nicht alles Acceptable, das uns diese Regierung geboten, stets angenommen hätten. Oder klagt man uns etwa deshalb an, daß wir damals die Preßordonnanz zurückgewiesen haben? Selbst in der Militär-Reorganisation haben wir wiederholt das möglichste Entgegenkommen gezeigt. Man spricht von Königgrätz; nun, m. H., nicht wir, nicht Sie haben diesen Sieg gemacht, sondern er ist eine That des preußischen Volkes und eines Volksgeistes, dessen Macht größer ist als die des Zündnadelgewehres, dessen selbstbewußte Macht von der liberalen Partei stets erkannt und gepflegt worden ist. (Gelächter zur Rechten.) Ein wahrhaft constitutionelles Ministerium würde noch ganz andere

Erfolge gehabt haben (Heiterkeit zur Rechten), es würde nicht bei der Mainlinie stehen geblieben sein. Sie antworten auf unsere Gründe nur mit Hohngelächter oder gar, wie gestern, in offener Drohung; wären Sie eine wahrhaft conservative Partei, so müßten Sie auf unsere Forderungen kritisirend eingehen. Sie müßten uns beweisen, warum sie überhaupt oder warum sie jetzt nicht berechtigt. Anstatt dessen sind Drohungen, Scherze sehr zweifelhafter Natur, Hohngelächter Ihre einzige Erwiderung. Wir sollen, wirft man uns vor, durch unsere Opposition den Compromiß verletzen, der durch die Indemnität geschaffen sei. Aber darauf antworte ich mit dem Herrn Minister: Haben wir denn etwa durch diese Indemnität unsere Natur aufgegeben? Ueberall jetzt in der Welt wird eine Reorganisation des Geistes verlangt und mit Reorganisation der Waffen wird geantwortet. Auch Barbaren können Zündnadelgewehre haben und neue Schwadronen schaffen, eines Culturvolkes würdig ist die innere Reorganisation.

Jetzt wäre die Zeit nicht dazu, wirft man uns ein. Gerade wenn der Staat in der Vollkraft der Gesundheit sich gezeigt hat, in dem Vollbewußtsein des Sieges ist die geeignetste Zeit oder sollen wir etwa wieder warten, bis, wie 1858, das Vaterland am Rande des Abgrundes steht? In Nassau, Hessen ist die Einverleibung von einem großen Theile der Bevölkerung erst mit Jubel begrüßt worden, das ist jetzt verstummt, der Particularismus regt sich immer stärker, weil man an der inneren Kraft Preußens verzweifelt. (Unruhe zur Rechten.) In Nassau hat man die verhaßten Creaturen des Herzogs in ihren Aemtern gelassen und die freisinnigen Elemente zurückgestoßen. Unsere systematische Opposition ist vielmehr die systematische Forderung eines Aufbaues Preußens im Sinne des großen Staatsmannes Stein. Wenn man einwendet, ein Stein finde sich nicht sofort, so entgegne ich, daß die Zeiten auch weit günstiger sind und Vieles inzwischen vorgearbeitet ist. Sie aber, Sie (zur Rechten) unterstützen nur das alte particularistische Preußen, das als solches niemals im Stande sein wird, an die Spitze Deutschlands zu treten. (Bravo links.)

Abg. v. Kardorf: Die erwähnten Mißstände sind nicht durch die Person der Minister, sondern die Stellung unseres Beamtenthums bestimmt, dem es an geschichtlicher Continuität seiner Entwickelung fehlt. — Ich schwärme weder für die Landrathskammer, wie für eine Kreisrichterkammer. So lange aber Richter solche Invectiven gegen die Minister schleudern, wie es gestern hier geschehen ist, können die Minister nicht anders verfahren, als sie es gethan haben.

Abg. v. Carlowitz: Die Indemnitätsertheilung wird von der rechten Seite ganz eigenthümlich aufgefaßt. Sie möchte die alten berechtigten Wünsche und Anträge der liberalen Partei nun als Bruchstücke einer antidiluvianischen Zeit betrachten und uns eben nur erlauben, zu den Vorlagen der Regierung immer „ja" zu sagen, wenn auch mit saurer Miene, während sie es mit frohlockender thut. Die Indemnität war und ist nichts weiter als eine Verzeihung für das budgetlose Regiment, bis zu der Zeit, für welche Indemnität ertheilt ist; nichts mehr und nichts weniger. (Sehr wahr.) Wir glauben aber auch, daß wir uns durch sie auf das Entgegenkommen der Regierung ein Recht erworben haben, wovon allerdings bis heute noch keine Spur zu entdecken ist.

Abg. v. Vincke (Hagen): Was nützen uns diese Debatten? Glauben Sie, daß Sie die annectirten Länder mit preußischem Geiste beseelen, daß Sie die anderen norddeutschen Staaten zu angenehmen Bundesgenossen für uns machen, wenn Sie von jeder wunden Stelle unseres staatlichen Lebens den Schleier abreißen? Glauben Sie wirklich, daß Sie die Minister des Innern und der Justiz durch solche heftige Angriffe aus ihren Stellungen entfernen werden, und sehen Sie denn gar nicht ein, daß Sie hierdurch beide Persönlichkeiten erst recht befestigen? Wozu schleudern Sie denn so heftige Invectiven in das Land? Doch nur für die Zeitungen und für Ihre Wähler; Sie wüthen dabei aber gegen ihr eigenes Fleisch und Blut. — Die Vorwürfe sind übrigens zum großen Theil unbegründet; eine Erleichterung des Kriegsbudgets ist ist gegenwärtig nicht möglich und nicht rathsam, daß der Minister des Innern alle Organisationen, die man verlangt und die theilweise in Aussicht stehen, nicht so plötzlich einführen kann, zumal bei den so verschiedenartigen Zuständen in den annectirten Ländern, ist eben so klar. Daß er solche liberale Stadträthe, die der Regierung für den Krieg kein Geld bewilligen wollten, nicht bestätigt hat, halte ich für ganz gerechtfertigt; denn es zeugt von einem großen Mangel an Patriotismus, kein Geld bewilligen zu wollen, wenn die Existenz des Vaterlandes auf dem Spiele steht, und ein Mann, der das thut, ist nicht einmal zu der Stelle eines Nachtwächters geeignet. (Bravo rechts, Gelächter links.) Es läßt sich nun einmal nicht wegläugnen, daß Sie glänzendes Fiasco mit Ihrer Opposition gegen die Regierung gemacht haben. (Bravo rechts.) Die Aeußerung des Abgeordneten v. Hennig, daß Preußen durch Ueberraschung über Oesterreich gesiegt habe, muß ich auf das Lebhafteste bedauern; denn es kann doch nicht unsere Aufgabe sein, in den Augen Preußens und Deutschlands die Großthaten unserer Regierung zu verkleinern. Oesterreich hat lange vorher gerüstet und wußte auch, daß Preußen rüstete.

Lesen Sie die österreichischen Zeitungen und die Verhandlungen der österreichischen Landtage; die geben ganz andere Gründe für die Niederlagen Oesterreichs an, nämlich den Mangel an verfassungsmäßigen Zuständen in Oesterreich, das Darniederliegen des öffentlichen Geistes. Unsere auswärtige Politik ist liberal geworden und ich freue mich, daß Graf Bismarck endlich einmal den rechten Weg eingeschlagen hat. Man kann es dabei der rechten Seite nur zur Ehre und zum höchsten Lobe anrechnen, daß sie im Stande war, ihre früheren Ansichten zu modificiren und in diese Bahnen mit einzulenken. Deshalb können ich und meine Freunde jetzt auch in vielen Punkten mit diesen Herren übereinstimmen; daß Sie (zur Linken deutend) trotzdem in systematischer und persönlicher Opposition verharren und nicht lieber mit uns gehen, ist ein großer Fehler! (Gelächter links.) Ich bin auch der Ansicht, daß man auf die Dauer keine solche auswärtige Politik fortführen kann, ohne auch im Innern liberale Tendenzen zu verfolgen; die annectirten Länder lassen sich nicht anders als liberal regieren; aber Ihre Art und Weise (zur Linken gewandt) ist nicht richtig und nicht praktisch. Es ist besser, jetzt das Urtheil über die vermeintlichen Uebelstände bei uns zu suspendiren und jetzt nicht Alles hervorzusuchen, was an der Regierung auszusetzen ist, blos um seine Gesinnungstüchtigkeit zu zeigen. Warten Sie damit lieber noch. Wenn Sie aber nicht warten können, wird es Ihnen auch nichts helfen; Sie sind einmal nicht zu belehren und müssen dann auch den Schaden tragen (Gelächter) Daß die neuen Landestheile nicht mehr so passionirt für die Vereinigung mit Preußen sind, wie man es wohl erwarten könnte, hat hauptsächlich darin seinen Grund, daß es Deutschen überhaupt schwer fällt, alte Gewohnheiten aufzugeben. In Hannover kommt noch der Umstand hinzu, daß man wirklich ohne alle Berechtigung für den Monat November dort eine doppelte Steuer ausgeschrieben hat, was doch eigentlich nichts weiter ist, als eine nachträgliche Contribution; dazu die Furcht vor der allgemeinen Wehrpflicht, die man später als eine Wohlthat schätzen lernen wird. — Das Programm, welches eine Partei dieses Hauses aufstellt, die auswärtige Politik der Regierung zu unterstützen, die innere aber zu bekämpfen, erscheint mir vollständig inhaltslos und nicht durchführbar. An den Großthaten der letzten Zeit hat jeder einzelne der jetzigen Minister seinen mehr oder weniger wirksamen Antheil und Sie müßten deshalb auch die Fonds bewilligen, die zur Durchführung ihrer Politik nothwendig sind. (Beifall rechts.)

Abg. v. Hoverbeck: Darin kann ich mit dem Vorredner übereinstimmen, daß die Herren von der liberalen Seite, die das bekannte neue Programm aufgestellt haben, in eine sehr zweifelhafte Lage gekommen sind, und muß Ihnen die schwere Aufgabe der Vertheidigung desselben selbst überlassen. Ich bin aber der entgegengesetzten Ansicht des Herrn v. Vincke, indem ich glaube, daß gerade solche Debatten dem Auslande zeigen, daß im preußischen Volke noch ein gesunder Kern ist, der nicht erstickt worden ist durch die äußern Erfolge, daß diese zeigen, daß wir mit der Größe nach außen die Freiheit im Innern verbunden haben wollen. (Bravo links.) Sie selbst (nach der rechten Seite deutend) haben ja zugestanden, daß Sie daran verzweifeln, die conservativen Elemente in Deutschland wegen ihres Particularismus zur Einigung Deutschlands fähig machen zu können; wenn Sie sich aber auf die liberalen Elemente stützen wollen, müssen Sie auch bei uns das liberale Princip durchführen und nicht unterdrücken. Wenn nun der Abg. v. Vincke meint, daß der, welcher der Regierung in einem bestimmten Falle Geld verweigern will, sich nicht einmal zum Nachtwächter eigne, wie er sich sehr angenehm auszudrücken beliebte, und diesen Leuten überhaupt Mangel an Patriotismus vorwirft, so ist dieser Vorwurf allerdings sehr bequem, zumal von der Stellung aus, die Herr v. Vincke zu beiden Parteien einnimmt; während er sich selbst zu keinem entschiedenen Schritte aufraffen kann, ist es sehr leicht einen Stein zu werfen auf die, welche mit großer Sorge und Mühe einen vortheilhaften Einfluß auf die Entscheidung der Geschicke unseres Vaterlandes zu üben bestrebt sind, (Bravo links) welche begründetes Bedenken hatten, mit einem solchen Zwiespalt in unserem inneren Staatsleben in den Krieg zu ziehen.

Herr v. Vincke scheint dabei wohl aber absichtlich übersehen zu haben, daß diese Leute nach Ausbruch des Krieges mit wahrlich nicht geringerem Interesse den Erfolgen und Großthaten unseres Heeres gefolgt und wahrlich nicht weniger opferwillig gewesen sind, als jene Herren. Wir wußten aber die Großthaten unseres Heeres zu trennen von den Uebelthaten des Ministeriums. (Lebhafter Beifall links.) Der Minister des Innern fordert uns auf, nicht Opposition zu machen gegen die Personen des Ministeriums. Ja, allerdings, ich mache auch Opposition gegen die Personen des gegenwärtigen Ministeriums, aber nicht um ihrer Persönlichkeit willen, sondern als Vertreter eines verderblichen Systems. (Sehr wahr! links.)

Wenn sich nun aber gar das Ministerium ein Verdienst daraus ableiten will, daß es die Verfassung nicht ganz umgestoßen hat, so ist dies das Stärkste, was je in einem constitutionellen Staate geboten werden kann. Unsere Opposition geschieht nicht aus Lust zur Opposition; wir sehen uns die Resultate der Verwaltung an, und wenn, wie hier, uns die Resultate der Verwaltung mißfallen, so machen wir Opposition gegen den Minister, den Chef der Verwaltung, und ich glaube, wir thun damit unsere Schuldigkeit. (Beifall links.)

Ein Antrag auf Schluß wird abgelehnt.

Abg. v. Blanckenburg: Das, was der letzte Redner ausgeführt, ist gerade der Mißbrauch des Parlamentarismus, gegen den wir Jahre lang angekämpft haben; durch die Verweigerung des Budgets wollen jene Herren das Ministerium zum Abtritt zwingen (Heiterkeit.). Die Anerkennung, die Herr v. Vincke meiner Partei zollt, kann ich aber nicht acceptiren, da wir durchaus keinen Gesinnungswechsel vorgenommen haben; es ist auch nicht richtig, daß Graf Bismarck revolutionäre Politik treibt. Allerdings stehen wir Conservativen auch nicht auf dem Standpunkt, daß wir nichts lernen wollen; wir wollen nicht conserviren, was nicht zu conserviren ist, sondern mit der Zeit fortschreiten, aber nicht auf ihrem Reactionswege. (Gelächter links.) Meine Behauptung, daß nur ein conservatives Ministerium liberal regieren kann, hat sich auch gestern wieder bestätigt. Sie haben ja alle gehört und gesehen, daß der Justizminister mit der größten Ruhe und ohne jede Bewegung (Ruf: sehr wahr!) die auf ihn geschleuderten Angriffe angehört hat: und er hat sich nicht umreden lassen, selbst nicht von Herrn Lasker. Nun denken Sie sich einmal Herrn Lasker als Justizminister und auch mit solcher Beredtsamkeit, wie Herr Lasker, ausgestattet gegen ihn auftreten, ich wollte ihn schon herunterreden. Ein liberales Ministerium müßte immer der jeweiligen Majorität des Hauses weichen. — Vor dem directen Wahlrecht könnte ich allerdings Besorgniß haben, wenn wir ein liberales Ministerium hätten, unter Herrn v. Bismarcks Auspicien habe ich aber keine Furcht davor, weil er eben nicht dem Grundsatz huldigt, der Majorität zu weichen. Was nun die Nichtbestätigung der Beamten betrifft, so ist die Regierung ganz in ihrem Recht, denn regieren heißt nicht blos verwalten, sondern Autorität haben, und gegen Beamte, die gegen die Regierung agitiren, muß deshalb eingeschritten werden; über das Maß, das hierbei zu beachten, läßt sich allerdings streiten; ich hoffe und wünsche aber, daß es in Zukunft nicht mehr so häufig vorkommen wird, weil doch wohl auch Ihre Partei so viel Patriotismus besitzen wird, unter den jetzigen Zeitverhältnissen nicht mehr die politische Agitation so weit zu treiben, wie früher. Ich möchte Sie deshalb auch dringend ermahnen, bei der Budgetberathung nicht mehr auf dem Wege fortzufahren, den Sie jetzt eingeschlagen haben.

Abg. Dr. Virchow: Daß der Abgeordnete v. Blanckenburg in eine neue Bahn eingelenkt ist, bezweifle ich nicht, daß ihm dieser Schritt sehr sauer geworden ist, davon hat er Kunde abgelegt in jener berühmten Versammlung von Conservativen in der er die Formel aufstellte, unter der die Conservativen sich der neuen Politik anschließen könnten; er sagte nämlich dort unter Anderem, daß der Räuberkönig von Italien nunmehr ein ordentlicher König geworden sei, nachdem er der Alliirte Sr. Majestät des Königs von Preußen geworden sei. (Heiterkeit.) Die Herren sagen nun also, es bleibe nichts Anderes übrig, als in allen Dingen auf den Grafen Bismarck zu vertrauen; aber alle diese Argumentationen haben keine andere Basis, als das Vertrauen auf die Person des Grafen Bismarck; denn, so heißt es, Bismarck ist allweise, Bismarck ist allmächtig u. s. w.; mit einem Worte, die ganze Zukunft Preußens und Deutschlands beruht auf Bismarck. Dieses persönliche Programm können wir aber nicht acceptiren, sondern halten uns lediglich an die Sache. — Ich meinerseits besitze nun so wenig Haß oder Abneigung gegen den Minister des Innern, daß ich als Stadtverordneter immer den Beschwerdeweg an denselben befürwortete; ich hatte also gar keine schlechte Meinung von ihm. Und ich muß anerkennen, daß auch ein einziges Mal die Erledigung einer solchen Beschwerde so erfolgt ist wie es im Interesse der Stadt lag. Ich habe auch die Ueberzeugung, daß der Graf Eulenburg mit gutem Willen in die Verwaltung seines Ministeriums eingetreten ist, sich aber immer mehr und mehr der reactionären zugeneigt und ihren Zwecken unterthänig gemacht hat. Die nicht bestätigten Communalbeamten sind keineswegs so selten, wie es von gewisser Seite dargestellt wird; auch unter jetzigen und früheren Mitgliedern dieses Hauses, die ich als ruhige und gewissenhafte Männer kenne und deren Wahl sehr im Interesse der Stadt und des Staates gelegen hätte, finden wir Beispiele davon.

Statt dessen aber setzt man hier in Berlin commissarische Stadträthe ein, Herren, die zum Theil von vornherein schon das Odium mitgebracht haben, daß sie früher Stadtverordnete waren, aber das Vertrauen ihrer Mitbürger nicht ferner erhielten; von denen andere wieder ihr früheres städtisches Amt freiwillig niedergelegt hatten, weil sie sich selbst nicht für befähigt dazu hielten und von denen einer sogar ein nicht naturalisirter Preuße war. (Hört! hört!) Wenn die Regierung auf diese Weise sich eine Majorität im Magistrate schafft, so ist dies offenbar eine Fälschung des öffentlichen Gefühls und der öffentlichen Ueberzeugung, die in vieler Beziehung mit großen Nachtheilen verbunden ist. So steht z. B. dem Magistrat die Wahl der Prediger zu. Die Berliner haben nun immer bei der Fahne der Union gestanden und die freie Entwickelung der Kirche angestrebt. Wenn nun aber von einem so zusammengesetzten Magistrat orthodoxe Geistliche gewählt werden, deren Gesinnungen dem Geist der Bevölkerung widerstreben, so ist das eine Frage, über die man nicht so gleichgiltig hinweggehen darf. Wenn übrigens der Begriff der Selbstverwaltung, den Herr v. Vincke aufstellt, wirklich der aller liberalen Parteien sein sollte, so wäre es wirklich beklagenswerth mit uns bestellt; es würde nur Verwirrung und Confusion damit angerichtet und die Interessen der Gemeinden und des Staates geschädigt. Ein Zwitterding ist unmöglich; entweder eine wirkliche Selbstverwaltung oder eine Präfectenwirthschaft. Nichts aber, m. H., ist mehr geeignet, die Stellung Preußens in Deutschland zu untergraben, als die Beschränkung der freien Entwickelung der Selbstverwaltung unserer Gemeinden, und die Regierung schädigt dadurch die Interessen unseres Staates in hohem Maße. Denn die anderen deutschen Staaten wollen ja bei ihrem Anschlusse an Preußen die Sicherstellung ihrer Selbstverwaltung gewahrt wissen; wie können sie aber Vertrauen fassen und etwaigen Versicherungen Glauben schenken, wenn sie sehen, wie unsere Regierung sich in die Angelegenheiten der Gemeinden mengt und die Selbstverwaltung hindert?

Die Einigung Deutschlands bedarf der vollen Entwickelung der Selbstverwaltung und ich bitte das Ministerium dringend, sich reiflich zu überlegen, daß seine Schritte in den alten Provinzen als Maßstab genommen werden für die Erwartungen und Hoffnungen der anderen deutschen Länder; bis jetzt sind sie aber nur geeignet, den Geist des Mißtrauens, des Widerspruchs und der Abgeneigtheit dort hervorzurufen. — Unsere Opposition gegen das Ministerium kommt deshalb aus tiefster innerster Ueberzeugung, daß die preußischen und deutschen Verhältnisse nie den erwünschten Aufschwung nehmen werden, wenn wir nicht erst diese anscheinend kleinen Sachen abgeschüttelt haben. (Lebhafter Beifall.)

Minister Gr. zu Eulenburg: Der Vorredner hat gesagt, ich sei meinen ursprünglichen Absichten zuwider nach meinem Eintritt in das Ministerium dem Banne der Partei unterlegen. Wir haben im Gegentheil nur die Consequenzen des Druckes tragen müssen, den die Opposition damals übte, um zu der Ueberzeugung zu kommen, daß wir mit der Billigkeit nicht durchkommen, daß es sich darum handelte, wer die Macht in Händen hätte. So haben wir, namentlich auch auf Antrieb des Herrn Ministerpräsidenten, die ganze Gewalt angewandt, die uns das Gesetz in die Hand gab. Dies ist zugleich der beste Moment für die Solidarität des Ministeriums. Nach Ueberwindung des Conflicts können wir wieder zu unseren anfänglichen Billigkeitsrücksichten zurückkehren. Was nun die Nichtbestätigung der Stadträthe betrifft, so mußten wir natürlich commissarische Vertreter einsetzen, und das muß ich diesen Leuten zum Ruhme nachsagen, daß sie die Courage hatten (Große Heiterkeit!), gegenüber dem Terrorismus der Opposition eine Bürgerpflicht zu erfüllen.

Die Selbstverwaltung ist eine herrliche Sache und wir werden in ihrer Förderung fortschreiten müssen, weil dem Staat schließlich die Geschäfte sich zu sehr anhäufen. Aber die praktische Ausführung derselben ist außerordentlich schwierig, weil in jeder Selbstverwaltung doch immer ein gewisser Zusammenhang mit den Staatsbehörden bleiben muß. Namentlich auf unsere communalen Verhältnisse, da wesentliche staatliche Rechte in den Händen der Communalbehörden sich befinden, wie z. B. die Handhabung der Polizei, muß der Staat sich eine gewisse Einwirkung reserviren. Dies geschieht entweder wenn er selber diese Behörden ernennt oder wenn er das Recht der Bestätigung sich vorbehält oder schließlich wenn der Modus der Wahl derartige conservative Elemente in sich trägt, daß keine Besorgnisse für den Staat übrig bleiben. Nun muß ich aber sagen, daß ich für meinen Theil das Bestätigungsrecht der Magistratspersonen nicht für wünschenswerth halte. Ich bin zu dieser Ueberzeugung gekommen in den Jahren, wo ich es anwenden mußte. Zwar so lange mich das Gesetz verpflichtet, zu prüfen, konnte ich mich dem nicht entziehen, aber ich habe immer gefunden, daß die Regierung den beabsichtigten Zweck nicht erreicht, ohne ein Odium auf sich zu laden, das gar nicht im Verhältniß steht zu dem Zwecke und dem Erfolge.

Ich gebe also diese gesetzliche Bestimmung preis, aber ich verlange, daß auf der andern Seite die staatliche Einwirkung dadurch verstärkt wird, daß die Bürgermeister etwa aus einer ähnlichen Repräsentation hervorgehen wie z. B. die Landräthe. Dafür hätte denn die Regierung sich um die Wahl der übrigen Magistratspersonen gar nicht zu kümmern, sondern überließe sie dem Bürgermeister. Wüßte ich, daß dieser Vorschlag irgendwie Anklang hier im Hause finden würde, so ließe sich leicht ein Gesetzentwurf darüber einbringen. Ich sage also, ich bin kein Anhänger des bestehenden Systems, nur ein Ausführer desselben. Schließlich noch die Bitte, daß Sie nun endlich aufhören, von diesen Nichtbestätigungen zu sprechen. Die Sache ist oft genug verhandelt worden, ich weiß es nun ja schon (Heiterkeit). Sie haben mir selbst zugegeben, daß seit einiger Zeit die Fälle seltener vorkommen, und da sich jetzt die Wahlen verständiger gestalten, so wird sich nach und nach ein Zustand entwickeln, der ganz gewiß zu Ihrer Befriedigung gereichen wird.

Die allgemeine Debatte wird geschlossen, und es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Lasker: Es ist mir vorgeworfen, ich hätte den Herrn Justizminister persönlich angegriffen. Ich berufe mich auf meine Rede, in welcher Sie überall nur Thatsachen finden. (Widerspruch rechts, Zustimmung links.) Ihre Zurufe ändern meine Meinung nicht; wenn Sie meine Rede lesen wollen, so werden Sie sehen, daß ich nicht einen Augenblick den Boden der Thatsachen verlassen habe. Die parlamentarische Debatte hat doch wohl die Bedeutung, daß die Meinungen ausgetauscht, die Thatsachen einander gegenübergestellt werden und daß die öffentliche Meinung sich dadurch klärt. Hätte der Abg. Holzapfel statt seiner Entrüstung gestern lieber bewiesen, wo ich etwas Falsches behauptet habe, so hätte er dem Lande einen viel größeren Dienst geleistet, ebenso der Abg. Wagener, welcher lieber sachlich hätte sein sollen, statt persönliche Beleidigungen, und ebenso der Abg. v. Gerlach, welcher mich in denunciatorischer Weise dem Justiz-Minister empfahl. Ich habe den Justiz-Minister nicht aufgefordert, seinen Platz zu verlassen, sondern, wenn er die jetzt nöthigen Talente besäße, beschwor ich ihn, sie baldigst hervortreten zu lassen; wenn er sie sich nicht zutraue, so gebe es einen Patriotismus . . . (großer Lärm rechts; Glocke des Präsidenten.) Das heißt nicht, ihn auffordern, seinen Platz zu verlassen, wenn er nicht die Majorität dieses Hauses für sich hat. Nicht ein einziger Redner von jener Seite hat irgend einen Punkt meiner Behauptungen erschüttern, keine einzige Thatsache als unwahr nachweisen können. Wenn der Abg. v. Vincke uns vorwirft, daß wir unsere Reden für die Zeitungen und unsere Wähler einrichten, so acceptire ich das, insofern ich wünsche, daß das Land wisse, wie es regiert wird; weise es jedoch entschieden zurück, wenn er meint, wir buhlen damit um die Gunst der Wähler. Das wäre gerade so, als wollte ich jenen Herren den Vorwurf machen, sie suchten durch ihre Reden in Hofkreisen sich Gunst zu verschaffen. Ich halte beides für gleich unzulässig. (Bravo.)

Abg. v. Vincke (Hagen): Es ist mir der Vorwurf gemacht worden, daß ich in der Mitte zwischen den Parteien stehe; das ist richtig; ich habe Zeit meines Lebens weder nach rechts den reactionären noch nach links den anarchischen Bestrebungen die Hand gereicht. Es ist wohl das erste Mal in meinem Leben, daß mir vorgeworfen wird, ich wäre nicht entschieden, ich verweise nur auf meine Stellung in Frankfurt und dem Ministerium Manteuffel gegenüber. Auf solche Behauptungen kann ich also mit einem gewissen Hohn herabsehen. Wenn mir ferner vorgeworfen ist, ich hätte durch mein Zurückhalten dazu beigetragen, daß unter dem Ministerium der neuen Aera nichts erreicht worden ist, so bemerke ich, daß Sie, als ich nicht mehr in der Kammer war, gerade in den Fehler verfielen, vor dem ich gewarnt hatte. Das Ministerium wurde gestürzt — und was haben Sie nun? (Große Heiterkeit.) Dem Herrn Abgeordneten für Berlin bemerke ich, daß ich nur gewarnt habe, der Erfolg könnte ein unerwünschter sein. Dem Abgeordneten für Lauban bemerke ich, daß ich glaube, Graf Bismarck ist nie revolutionär gewesen, sondern seine Politik steht immer auf dem Boden des Rechts. (Widerspruch. Heiterkeit.)

Abg. v. Hennig: Ich bemerke dem Abg. Flottwell, daß die Thatsachen, die ich mitgetheilt habe, mir natürlich nicht unter dem Siegel der Verschwiegenheit mitgetheilt sind, wie viele andere, die ich eben deshalb nicht erwähnen kann. Der Abg. v. Vincke hat meinen Worten einen ganz falschen Sinn untergeschoben, als hätte ich behauptet, nur durch Ueberraschung sei es gelungen, Oesterreich zu besiegen. Will man die Güte haben, sich meiner Worte zu bedienen, so bitte ich um Genauigkeit.

Abg. v. Hoverbeck: Was Herr v. Vincke mit einem nicht sehr parlamentarischen Ausdruck mit Hohn zurückweist, verträgt sich sehr gut zu seiner Unentschiedenheit, von der ich überzeugt bin, aber ich habe selten einen Abgeordneten gefunden, der sich mit solcher persönlichen Energie, vielleicht mit Fanatismus, auf diesen Standpunkt der Unentschiedenheit gestellt hat. (Heiterkeit. Bravo.)

Abg. v. Vincke (Hagen) sieht das nur für ein Compliment an. (Heiterkeit.)

Abg. v. Blanckenburg bemerkt gegen den Abg. Virchow, er müsse die schon zweimal citirte Rede vor dem Ausbruch des Krieges wohl nicht gelesen haben, sonst hätte er sehen müssen, daß sie ihm nicht sauer geworden; das seien nur seine Ansichten gewesen.

Der Präsident will die Specialdebatte eröffnen, vertagt jedoch auf Antrag des Abg. Dr. Loewe die Sitzung auf ¼ Stunde um den Saal, in dem die Atmosphäre unerträglich ist, zu lüften.

Nach Wiedereröffnung um 2¼ Uhr tritt das Haus in die Specialdebatte ein. Zu Position 5 (statistisches Büreau) erhält das Wort der Abg. Schmidt (Randow). Derselbe empfiehlt die Genehmigung der Position, nachdem er die 2jährige Unthätigkeit der Central-Commission getadelt und die bessere Dotirung des statistischen Seminars in Zukunft empfohlen hat. Der Vergleich mit Oesterreich, Frankreich und Belgien falle überall zu Ungunsten unserer Leistungen aus. (Während seiner Rede bemerkt Redner, sich unterbrechend, wenn der Abg. v. Vincke nicht weniger laut sich unterhalte, könne er nicht weiter sprechen. Der Präsident versichert ihn, daß er sich täuscht.)

Regierungs-Commissar Wulfshein: Die statistische Centralcommission habe deswegen seit 2 Jahren nichts von sich hören lassen, weil keine zur Berathung geeigneten Fragen vorlagen. Der Congreß in Berlin habe allerdings sich mit der Frage beschäftigt, aber auch seine Bedenken dagegen geäußert; zu einer beschließenden könne man die Commission nicht machen. Ihre Zusammensetzung in Oesterreich sei bedingt durch die verschiedenartige Zusammensetzung des Kaiserstaates. Unser Seminar könne mit fremden Institutionen nicht verglichen werden, weil ein solches Institut nirgends anderswo existire.

Abg. Michaelis: Auch Preußen muß sich der fortschreitenden Bewegung der Statistik anschließen und in seine eigene statistische Production Einheit und System hineinbringen. Wer sich heute eine Einsicht in dieselbe verschaffen will, muß sich ihre Leistungen aus der Zerstreuung, aus den statistischen Zeitschriften, dem Handels-Archiv und anderen Fachblättern, aus dem Staatsanzeiger mühsam zusammensuchen. Und unter diesen Leistungen, die im Ganzen unterschätzt werden, befindet sich die mustergiltige, des höchsten Lobes werthe Statistik der Eisenbahnverwaltung und die städtische Statistik, z. B. die Berlins. Die amtliche Statistik soll nicht nur ein Organ der Verwaltung, sondern eine Darstellung des Staates selber sein, ohne ihn schön oder schwarz zu malen, durch die er sich selbst controlirt. Darum muß die Central-Commission eine beschließende sein und wenn wir hier Geld bewilligen sollen, so können wir auch verlangen, daß, wie in anderen Ländern, der Vertretung des Landes die Resultate der Statistik mitgetheilt werden. Versorgt uns der Minister des Innern mit diesem Material, so wird er dadurch seinen Wunsch einer sachlichen Opposition am besten erreichen.

Abg. Graf Schwerin: Auch ich halte die Ausführungen des Commissars nicht für ganz zutreffend. Mir gelang es damals, als ich die Ehre hatte, im Rathe der Krone zu sein und das Bureau zu schaffen, einen Mann für seine Leitung zu gewinnen, der im Stande ist, die Statistik auf den Boden der Wissenschaft zu pflanzen. Es wurde vorgeschlagen, die Commission aus den verschiedenen Ministerien zusammenzusetzen, weil in den einzelnen Ministerien so reiches Material liegt, mit dem sich die Commission allerdings zu beschäftigen hat, nicht nur mit organisatorischen Fragen. Die Erfolge des Bureaus werden unter der jetzigen Leitung glänzend sein, wenn man es allseitig unterstützt und auf seine Anträge und Vorschläge eingeht.

Abg. Schmidt (Randow) bemerkt der Behauptung des Regierungs-Commissars gegenüber, daß in Frankreich in der That eine Central-Commission bestehe, deren Mitglieder für jede Sitzung eine Vergütung von 20 Francs bezögen. Das segensreiche Wirken solcher Central-Commission bewiese das von der belgischen Central-Commission über Belgien veröffentlichte statistische Werk, eines der besten statistischen Werke, die bisher vorhanden. Was die preußische Commission betrifft, so wäre die Aussetzung einer bestimmten Summe resp. die Erhöhung derselben für die Professoren, welche innerhalb derselben wissenschaftliche Vorträge hielten, dringend zu wünschen.

Von dem Abg. Michaelis ist folgender Antrag eingegangen: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die königliche Staatsregierung aufzufordern, in der nächsten Session dem Landtage über Organisation und Leistung der amtlichen Statistik in einer Denkschrift Mittheilung zu machen".

Der Regierungs-Commissar Geh. Regierungsrath Wulfshein: Ich habe nicht gesagt, daß in Frankreich keine Central-Commission existirt, sondern daß eine solche bis vor einigen Jahren dort nicht bestanden habe. In Belgien übrigens ist diese Central-Commission eine ausführende, nicht wie bei uns eine begutachtende Behörde. Zu dem Antrage des Abg. Michaelis bemerke ich, daß die Staatsregierung gern bereit ist, die verlangte Denkschrift in der nächsten Session vorzulegen.

Abg. Michaelis (Stettin): Ich empfehle Ihnen meinen Antrag, weil die

Annahme desselben am leichtesten den Erfolg herbeiführen wird, Reformen in der amtlichen Statistik herbeizuführen. Die geringe Wirkung der Commission erklärt sich aus der unrichtigen Auffassung der Regierung von der amtlichen Statistik, und diese zu reformiren wird Aufgabe des Hauses sein, wenn die Denkschrift vorliegt.

Abg. v. Vincke (Hagen): Ich erwidere dem Abgeordneten für Randow, daß ich mich durchaus keiner Privatconversation hingegeben habe. Trotz aller meiner Bemühungen ist es mir aber nicht gelungen, ihn zu verstehen. Er erfreut sich eines etwas bedeckten Organs, und wenn er deshalb allgemein verstanden werden will, so möge er entweder auf die Tribüne gehen oder sein Organ etwas stärker anstrengen.

Abg. Schmidt (Randow): Ich nehme Alles zurück, was ich gesagt habe. (Heiterkeit.)

Der Antrag Michaelis wird mit großer Majorität angenommen.

Bei den „sachlichen Ausgaben" für das statistische Büreau frägt Abg. Twesten an, für welche „Veröffentlichungen" die hier ausgeworfene Summe bestimmt sei, da die „Zeitschrift" jetzt nicht mehr Beilage zum Staatsanzeiger, sondern in den Verlag eines Buchhändlers übergegangen sei?

Der Reg.-Commissar Wulfshein erwidert, allerdings bestehe die Verbindung mit dem „Staatsanzeiger" nicht mehr, aber das Unternehmen sei vor wie nach auch im Privatverlage ein amtliches geblieben. Aus dem Fond würden außerdem die Kosten bestritten für das „Jahrbuch" des statistischen Bureau und für die zwanglosen Hefte seiner Mittheilungen.

Die Position für das meteorologische Institut wird ohne Debatte erledigt. Bei dem folgenden Titel: „Landräthliche Behörden" beantragt Abg. Hoffmann (Jüterbogk), das Gehalt der Kreissecretäre, das bis jetzt 5—800 Thlr. betragen, möge mit demjenigen des Büreaubeamten bei den Bezirksregierungen (500—1000 Thlr.) gleichgestellt werden. Er motivirt das mit der Arbeitslast und der Wichtigkeit der Geschäft, mit der Nothwendigkeit, für die betreffenden Beamten als Honoratioren zu repräsentiren. Daß sie bei einer Erhöhung bis auf 1000 Thlr. gleichgestellt wären mit den Landräthen selbst, das werde für die letzteren kein Grund zum Widerspruch sein. Außerdem regt der Redner an, ob nicht auch die Zurückversetzung alter bewährter Kreissecretäre in die Regierungsbüreaus von Vortheil sein werde.

Der Minister des Innern: Ich bin durchaus einverstanden mit der Würdigung des Berufes der Kreissecretäre und glaube auch, daß der vorgeschlagene Stellenwechsel zwischen diesen Beamten und den Regierungsbeamten günstig wirken könne, da den Letztern die Gelegenheit, mit dem Publikum in nähern Verkehr zu treten, gewöhnlich entgeht. Dagegen ist es ein kleiner Irrthum, wenn das Gehalt der Regierungs-Büreaubeamten von 500 bis 1000 Thlr. angegeben worden ist, es geht von 600 bis 1000 Thlr., beträgt also im Durchschnitte 800 und eine sofortige Gleichstellung der Kreissecretäre kann ich nicht versprechen, da dann andere in gleichem Gehalte stehende Beamtenklassen ebenfalls Anspruch auf diese Erhöhung haben würden. Aber im Auge behalte ich die Sache.

Abg. Sulerzicki: Im Großherzogthum Posen ist die Stellung eines Kreissecretärs um so bedeutsamer, als den Kreisständen dort die Einwirkung auf die Wahl ihres Landraths benommen ist und so die Gefahr entsteht, daß ein mit den Interessen des Kreises weniger Bekannter in dieses Amt tritt. Ich enthalte mich eines Antrages in dieser Beziehung, da wir von der in Aussicht gestellten Kreisordnung eine Abhilfe hoffen.

Abg. v. Hoverbeck: Auch ich unterstütze den Antrag, nicht des Landraths, sondern des Abg. Hoffmann, und zwar hauptsächlich deshalb, weil wir ja aus nächster Erfahrung wissen, auf wie lange Zeit und auf welche Entfernung hin die Landräthe oft ihrem Kreise und ihren Amtsgeschäften entfremdet werden.

Der Antrag Hoffmann's wird mit sehr großer Majorität angenommen, Titel 11 u. 12 (Dienstaufwands-Entschädigungen und Remunerationsfonds für landräthliche Behörden) ohne Debatte erledigt.

Da die Berathung nun an die Titel „Polizeiverwaltung" kommt, so schlägt der Präsident selbst die Vertagung vor.

Das Haus erhebt keinen Einspruch. Die nächste Sitzung, auf Dinstag 10 Uhr angesetzt, wird mit diesen Etatstiteln sich zu beschäftigen haben. Schluß 3½ Uhr.

[Resolution.] Der Abg. Rohden hat folgende Resolution beantragt: „Das Haus wolle die Erwartung aussprechen, daß die Staatsregierung nach der in geeigneter Weise eingeholten Zustimmung der Bankantheilseigner in der künftigen Sitzung des Landtages einen Gesetzentwurf vorlege, wodurch der Zinsenbezug der gesetzlich der Bank zugewiesenen gerichtlichen Depositalcapitalien und der Einlagen der Kirchen, Schulen, Hospitäler, milden Stiftungen und öffentlichen Anstalten angemessen der Durchschnittshöhe des Discontosatzes und den Erträgen des jetzigen Bankverkehrs erhöht wird."

[Die Dotations-Commission] hat gestern Abend ihre zweite und letzte geheime Sitzung gehalten und wird heute Abend den Bericht ihres Referenten Stavenhagen entgegennehmen. Die Regierung war auch in der gestrigen Sitzung durch die Minister v. d. Heydt und Graf zu Eulenburg vertreten.

---

**Berlin**, 1. Dez. [Allerhöchste Cabinets-Ordre.] Auf den Mir gehaltenen Vortrag will Ich in Folge der nunmehrigen glorreichen Beendigung des Krieges denjenigen Reservisten und Wehrleuten, gegen welche vor der Wiedereinziehung in den activen Dienst wegen verspäteter oder unterlassener An- resp. Abmeldung auf Grund des § 39 der Verordnung über die Disciplinar-Bestrafung in der Armee vom 21. October 1841 Geld- oder Freiheitsstrafen verhängt sind, insofern diese Personen während des Krieges bei den mobilen Truppen gedient haben, resp. noch dienen und ein statutenmäßiges Anrecht auf das durch Meine Verordnung vom 20. September d. J. gestiftete Erinnerungskreuz für den Feldzug 1866 haben, die verhängten Strafen erlassen. Sie haben hiernach das Weitere zu veranlassen.

Berlin, den 20. November 1866. (gez.) Wilhelm.

[Bekanntmachung.] Zu Guhrau im Regierungsbezirk Breslau wird am 1. Dezember d. J. eine Telegraphenstation mit beschränktem Tagesdienste eröffnet werden.

[Von Seiten des Ober-Commando's der Marine.] Laut eingegangener telegraphischer Meldung ist S. M. S. „Niobe" am 12. d. M. vor Funchal angekommen und beabsichtigt am 19. d. M. ihre Reise fortzusetzen. (St.-Anz.)

[Militär-Wochenblatt.] Baron Haller v. Hallerstein, Ob. von der Armee, noch ferner in der ihm für die Dauer des mobilen Verhältnisses der Armee übertragenen Stellung als Commandeur des Cadettenhauses zu Bensberg, als commandirt belassen. des Barres, Major und Commandeur des Cadettenhauses zu Bensberg, zur Dienstleistung bei dem Commando des Cadetten-Corps commandirt. Killmann, Premier-Lieutenant vom 4. Oberschlesischen Infanterie-Regiment Nr. 63 zur Dienstleistung als Erzieher bei dem Cadettenhause zu Bensberg, vorläufig bis zum 1. April 1867 commandirt. Judersleben, Hausverwalter am Cadettenhause zu Wahlstatt zum Feldwebel-Lieutenant mit dem Range eines Sec.-Lieuts. in der Armee ernannt. v. Görne, Prem.-Lieut. vom 3. Garde-Gren.-Regt. Königin Elisabeth, zur Dienstleistung als Comp.-Offizier bei der Unteroffizier-Schule in Jülich commandirt. Waesemann, 1jährig freiwill. Unteroffizier vom 2. Garde-Regt. z. F. zum Port.-Fähnr. befördert und zum 1. Schles. Jäger-Bat. Nr. 5 versetzt. Has, Oberst-Lieut., bisher im kurhessischen Kriegs-Ministerium, dem Kriegs-Ministerium aggr. v. Schweinichen, Prem.-Lieut. und Platzmajor in Cosel, zum Hauptmann befördert. v. Liebermann, Seconde-Lieut. vom 1. Schles. Jäger-Bat. Nr. 5, in das Westpreuß. Kürass.-Regt. Nr. 5 versetzt. Lehmann, Lazareth-Inspector in Glogau, nach Colberg versetzt. Lindner, Kasernen-Inspector in Breslau, nach Graudenz versetzt. Scapin, Kasernen-Inspector in Silberberg, nach Pr.-Stargard versetzt. Blume, überzähliger Intendantur-Secretär vom 6. Armee-Corps, Hoppe, Intendantur-Secretariats-Assistent vom 6. Armee-Corps, zu etatsmäßigen Intendantur-Secretären ernannt. Rimpler I., Intendantur-Secretär vom 6. Armee-Corps, Fendler, Intendantur-Secretär vom 5. Armee-Corps, beide unter Belassung in dem Commando-Verhältniß beim Kriegs-Ministerium, zur Intendantur des Garde-Corps versetzt. Witowski, controleführender Kasernen-Inspector in Glogau, nach Silberberg, Muche, Kasernen-Inspector in Neisse, nach Glogau versetzt.

**Berlin**, 1. Dezember. [Vom Hofe.] Aus Dessau, den 29. November, wird dem „St.-A." berichtet: Se. Majestät der König und eine zahlreiche hohe Jagdgesellschaft begaben sich heute Morgen 8¾ Uhr per Extrazug nach Köthen, von wo aus ein Hasen-Treibjagen zwischen der Bernburger Bahnlinie und Reinsdorf stattfand. Außer Ihren königl. Hoheiten dem Kronprinzen, den Prinzen Carl und Friedrich Carl, Prinz Albrecht und Sohn, dem Großherzog von Mecklenburg, Herzog Wilhelm von Mecklenburg, Prinz August von Württemberg und Sr. Hoheit dem Erbprinzen von Anhalt nahmen an der Jagd noch Theil der Staatsminister von Schleinitz, der Oberjägermeister Graf von der Assburg, Graf von Stolberg-Wernigerode, der commandirende General des 4. Armee-Corps von Alvensleben, Oberpräsident von Witzleben, der russische Fürst Cheremeteff, der herzogliche Ober-Jägermeister Graf Solms, der Flügel-Adjutant Sr. Majestät, Oberst v. Stiehle, General-Lieutenant Stockmarr und andere eingeladene Gäste. Im ersten Treiben wurden 1560 Hasen geschossen, von Sr. Majestät dem König 128, vom Prinzen Friedrich Carl 110, vom Großherzog von Mecklenburg 126, von Sr. königl. Hoheit dem Kronprinzen 79. Nach dem ersten Treiben wurde im herzoglichen Schlosse zu Köthen ein Frühstück eingenommen und auf dieses folgte das zweite Treiben, welches jedoch wegen eintretender Dunkelheit abgebrochen werden mußte. Um 5½ Uhr traf die hohe Jagdgesellschaft per Extrazug in Dessau wieder ein.

Um 6 Uhr fand das Gala-Diner im Schlosse statt und 8½ Uhr erschienen die höchsten und hohen Herrschaften im Theater, Se. Majestät der König mit dem Herzog von Anhalt und der Prinzessin Friedrich Carl in der Prosceniumsloge. Se. Majestät und alle herzoglichen Gäste wohnten der Vorstellung bis zu dem 11½ Uhr erfolgenden Ende bei.

— Unter dem 30. November wird ferner aus Dessau gemeldet:

Heute Morgen 9½ Uhr begaben sich Se. Majestät der König und die andern hohen Gäste des herzoglichen Hofes in einer langen Reihe von Jagdwagen nach dem eine Stunde von Dessau entfernten Jagdreviere bei Mosigkau zur Hasentreibjagd. Nach dem ersten Treiben bei Mosigkau, wobei aus einem im Kessel gelegenen Niederholzbusch unerwartet die verschiedensten Arten von Wild herausgetrieben wurden, sammelte sich die hohe Jagdgesellschaft zum Frühstück, worauf ein zweites Treiben folgte. — Es wurden erlegt: 12 Stück Dammwild, 11 Rehe, 25 Stück Schwarzwild, 10 Füchse, 3 Dachse, 19 Fasanen, 42 Kaninchen und 265 Hasen. Nach 4 Uhr trafen die hohen Gäste in Dessau ein und versammelten sich zum Diner im herzoglichen Schlosse. Nach dem Diner fuhr Se. königliche Hoheit der Kronprinz nach Berlin zurück. Se. Majestät der König wohnten noch der Theatervorstellung bei und traten darauf per Extrazug die Rückreise an. Die königl. Prinzen und ein Theil der herzogl. Gäste werden morgen noch einer vom Prinzen August von Würtemberg auf seinem bei Köthen belegenen Revier veranstalteten Jagd beiwohnen.

[Der Prinz v. Wales] gedenkt noch einige Tage in Berlin zu verweilen, er besucht mit Interesse die hiesigen Sehenswürdigkeiten. Am Sonnabend war er im Victoria-Theater.

[Die Herkunft des Königs Johann] von Sachsen ist keineswegs aufgehoben, sondern nur bis zu einer gelegenen Zeit aufgeschoben. Sein Empfang am hiesigen Hofe wird, wie verlautet, ein sehr freundlicher sein.

[In Hofkreisen] will man wissen, daß die Kaiserin von Rußland mit dem Großfürsten-Thronfolger und dessen junger Neuvermählten (der dänischen Prinzessin Dagmar) diesen Winter in Nizza verleben wird.

[Der General von Steinmetz] war nächst der Person unseres Kronprinzen der Gegenstand des höchsten Interesses am Hofe zu St. Petersburg. Sein Name war dort und in Moskau fast ebenso populär wie in Berlin. Er machte mit dem Reisezuge des Prinzen von Wales und des Kronprinzen von Dänemark den Ausflug nach Moskau mit und wohnte dort im Kreml.

[Die Königin Augusta] wird sich am 3. Dezember zum Geburtsfest der Frau Großherzogin von Baden nach Karlsruhe begeben, auf einige Tage dann nach Koblenz zurückkehren und von da nach Berlin kommen. Ob ein Besuch in Weimar stattfinden wird, ist noch nicht festgesetzt.

[Das Uebel,] an dem der Minister-Präsident Graf Bismarck litt, war das sogenannte Hüftweh, eine äußerst schmerzhafte Affection der Nerven.

[Zollverein.] In Hofkreisen ist man der Ansicht, dem Königreiche Würtemberg, dessen Regierung sich bei jeder Gelegenheit als bitterer Gegner Preußens zeigt, den Zollverband zu kündigen, was nach dem jüngsten Friedensschlusse sechs Monate vorher erfolgen kann.

[Die jetzt erfolgte Herkunft des Civil-Commissarius in Hannover, des Geh. Reg.-Rath Baron v. Hardenberg] bezieht sich, wie verlautet, zumeist auf sein künftiges Verhalten gegen die hannoversche Ritterschaft, wozu er mündliche Instructionen einholt. Herr v. Hardenberg ist der Schwager des hervorragenden Mitgliedes unseres Abgeordnetenhauses, Herrn v. Carlowitz.

[Preußenhaß.] Der neue Vertreter des Großherzogs von Hessen am Dresdner Hofe, Herr v. Mamboldt, wird der „Berl. Mont.-Ztg." als ein großer Preußenhasser geschildert.

[Nach dem Reichswahlgesetz] müssen die Wählerlisten spätestens vier Wochen vor dem Wahltermin ausgelegt werden. Wenn also das norddeutsche Parlament am 1. Februar zusammentreten soll, so müßten die Wahlen frühestens vom 15. Januar ab stattfinden und die Listen danach vom 18. d. Mts. ausgelegt werden. Um so mehr darf man sich wundern, daß das Wahlregulativ, Bestimmung der Wahlkreise ꝛc. noch nicht erschienen ist.

[Die „Zukunft".] Zu der von dem Abgeordneten Dr. Joh. Jacobi zu gründenden neuen Zeitung „die Zukunft" sollen bereits 40,000 Thlr. unterzeichnet sein. Von dieser Summe wird zunächst die Hälfte eingezahlt werden.

[Confiscation.] Das humoristische Beiblatt der „Tribüne" wurde am Freitag confiscirt; die Redaction hat, unter Abänderung eines Bildes, eine zweite Auflage veranstaltet und ausgegeben.

**Gumbinnen**, 30. Nov. Heute ist der Prinz von Wales auf der Rückreise von St. Petersburg mit dem von Eydtkuhnen kommenden Courierzuge hier durchpassirt. — Die heute fällige Nummer des „Bürger- und Bauernfreund" ist confiscirt. — Gestern sind wieder in einem vom Fleischermeister Herrn Daniel Pech hierselbst geschlachteten Schweine Trichinen gefunden worden. Das Fleisch ist — wie in den früheren Fällen — dem Magistrat zur Verfügung gestellt worden. (Pr. Lth.-Z.)

**Hannover**, 30. Nov. [Mahnung.] Der „Hann. Cour." enthält folgende Mahnung:

Die hier und in mehreren Provinzialstädten im Dunkel der Nacht ausgestreute und angeschlagene Proclamation des Königs Georg ist datirt von Hietzing, den 5. October, und in Wien als Selbstverlag bei Holzhausen gedruckt. Die Proclamation erklärt die Einverleibung Hannovers, gegen welche bei allen Regierungen der civilisirten Staaten Protest erhoben, für null und nichtig und spricht das Vertrauen des Königs Georg aus, daß das Recht zum endlichen Siege kommen werde. König Georg hält selbst aber für möglich, daß er diesen Zeitpunkt nicht mehr erlebt und hat deshalb auch diese Kundgabe von dem Prinzen Ernst August auf dessen eigenen Wunsch mit unterzeichnen lassen. Es ist wohl nicht zweifelhaft, daß seitens der Behörden den Verbreitern der Schrift nachgeforscht wird und daß dieselben, falls sie ermittelt werden, der gesetzlichen Strafe verfallen. Viel schwerer aber noch als die Gefahr, der sich die Verbreiter der Kundgebung aussetzen, wiegt die, daß gerade unter den gegenwärtigen Verhältnissen, wo die Reorganisation des Heeres bevorsteht, Viele durch den Inhalt der Schrift zu trügerischen Hoffnungen sich verleiten, vielleicht gar zu Excessen gegen das neue Regiment sich hinreißen lassen und dadurch sich selbst in die traurigste Situation bringen möchten. Aus dieser reißen sie nicht papierne Proteste; nicht der Graf Adolf Platen, nicht der Wiener Buchdrucker noch auch jene nächtlichen Colporteure. Niemand vermag von den etwa Mißleiteten die Leiden und Strafen wegzunehmen, welche jede Widersetzlichkeit gegen die jetzt erlassenen und noch zu erlassenden Anordnungen im Gefolge haben muß. Pflicht aller Besonnenen und der mit ihren Mitbürgern es wohlmeinenden Vaterlandsfreunde ist es deshalb, diesen erneuerten Agitationen entgegenzutreten und dahin zu wirken, daß diese Verlockungen keinen ergiebigen Boden finden, wenn anders unsere Zustände sich in Frieden entwickeln und dem Gouvernement nicht zu besonderen Maßnahmen Veranlassung gegeben werden soll.

Zu den Agitationsmitteln gehörten auch anonyme Zusagen, welche der „Z. f. N." zufolge den hannoverschen Unteroffizieren zugegangen und worin ihnen verheißen wird, König Georg werde den Militärs ihre vollen Gagen weiterzahlen.

## Oesterreich.

**Wien**, 30. Novbr. [Dementi.] Die amtliche „Wien. Ztg." schreibt: Die Augsburger „Allgem. Ztg." vom 28. November d. J. bringt einen Artikel „Von der polnischen Grenze", in welchem der Correspondent — unter anderen Symptomen einer unfreundlichen Haltung Oesterreichs dem nachbarlichen Rußland gegenüber — als Thatsache hervorhebt, daß Kaiser Franz Joseph „den russischen Wunsch, den Prinzen Alexander von Hessen, Bruder der Kaiserin von Rußland, an Goluchowski's Stelle zum Obercommandirenden in Galizien zu ernennen, zurückgewiesen habe".

Die Bezeichnung des Grafen Goluchowski als „Ober-Commandirenden" von Galizien gestattet schon die richtige Beurtheilung des inneren Werthes dieser Mittheilung.

Wir glauben aber den großen Effect, den der Correspondent sich verspricht, vollends zu vernichten, indem wir zu erklären ermächtigt sind, daß die Ernennung des Feldmarschall-Lieutenants Prinzen Alexander von Hessen zum commandirenden General in Galizien, ohne irgend welche auswärtige Kundgebung, in den diesseitigen Intentionen lag, die dem erlauchten Prinzen seit mehreren Monaten nicht fremd waren und von deren Ausführung über sein Ansuchen nur aus Rücksicht auf dessen Familien- und Gesundheitsverhältnisse abgesehen wurde.

**Pest**, 30. Nov. [Verbot.] Eine Anzahl von Rechtshörern der hiesigen Universität beabsichtigte heute zu Ehren Ghiczy's und Tisza's einen Fackelzug zu veranstalten. Die Stadthauptmannschaft jedoch schritt mit einem Verbote ein. Der Rector erließ die Mahnung, sich jeder politischen Demonstration zu enthalten. Nächsten Mittwoch soll Deak eine Fackelserenade gebracht werden, an welcher 4000 Fackelträger theilnehmen sollen.

**Prag**, 30. Nov. [Truppentransport.] Authentisch wird versichert, daß die hiesige Staatsbahn-Direction Auftrag erhielt, Transportmittel, Waggons zu allfälligen Truppentransporten nach Galizien bereit zu halten.

## Italien.

**Florenz**, 25. Nov. [Diplomatisches.] Ricasoli ist entschlossen, verschiedene wichtige Veränderungen in der Besetzung der diplomatischen Posten vorzunehmen. Er hat Herrn Barral, gegenwärtig Gesandter in Berlin, die Botschaft in Petersburg angetragen; dieser hat jedoch diesen Posten ausgeschlagen. Auch soll im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten eine Direction der politischen Angelegenheiten eingesetzt werden, da das Cabinet des Ministers, dem diese Leitung oblag, zu überhäuft mit Arbeit ist. Herr Visconti-Venosta wünscht lebhaft, daß Herr Artom diese Stelle übernehme, doch hat dieser sich noch nicht entschieden. Herr A. Blanc, Cabinets-Chef des Ministers Visconti-Venosta, ist vor einigen Tagen in geheimem Auftrage in Paris gewesen; er überbrachte Herrn Nigra einen Brief und mündliche Weisung des Ministers. Herr Blanc ist einige Tage vor der Abreise des Gènerals Fleury in Paris eingetroffen und hat sich nur 48 Stunden daselbst aufgehalten. (K. Z.)

## Frankreich.

**Paris**, 29. Novbr. [Mexicanisches. — Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten.] Es ist an der Richtigkeit der Nachricht zu der Abreise des Kaisers von Mexico nach Europa kaum mehr zu zweifeln. Das Gerücht, als sei er nach Mexico zurückgekehrt, ließ ihn mit Gewalt zurückgebracht werden; dies ist bereits früher widerlegt. Die französische Regierung hätte diese Internirung allerdings wohl gewünscht, sie ist aber zu spät gekommen. Ich habe bereits gemeldet, daß die Existenz von directen Unterhandlungen zwischen Kaiser Napoleon und dem Präsidenten Johnson hier allgemein geglaubt wird. Nun erfahren wir, es sei ganz kürzlich ein Telegramm von 2000 Worten von Washington an das kaiserliche Cabinet gesandt worden, eine Nachricht, welche auch in der „Liberté" von diesem Abende sich angedeutet findet. — In amerikanischen Kreisen erzählt man sich, Herr Bigelow habe bei seiner Abschieds-Audienz eine sehr energische Sprache geführt und die Forderung der sofortigen Zurückziehung der Truppen wiederholt. Diese Nachricht hat schon deshalb wenig Wahrscheinlichkeit, als es gegen die diplomatische Sitte ist, bei Abschieds-Visiten Mittheilungen zu machen, die sich auf den Gang der Geschäfte beziehen. Herr Bigelow kann höchstens seine Privatansicht bei dieser Gelegenheit kund gethan haben, und auch das ist kaum glaublich. (K. Z.)

## Rußland.

Aus **Livland**, 26. Novbr. [Gegen das Deutschthum.] Vor einigen Tagen ist der beschließende Convent der livländischen Ritterschaft wieder zusammengetreten und eben nicht unter den günstigsten Aussichten an seine Arbeiten gegangen. In den leitenden Petersburger Kreisen sieht man das Deutschthum in unseren Provinzen noch immer mit einigem Mißtrauen an; der uns neuerdings octroyirte Generalgouverneur Albedinsky sucht daher den Landtagen und dem Publikum gegenüber die russophilen Bestrebungen seines Vorgängers mit aller Macht weiter zu verfolgen. Bereits ist es ihm gelungen, obgleich die uns garantirten verbrieften Rechte und Gesetze dagegen sprechen, in unseren Provinzen griechisch-katholische Brüderschaften zu organisiren, wogegen alle Proteste der Behörden und des Landtags sich machtlos erweisen werden. In den Kreisen des letzteren spricht man bereits von einer neuen Niederlage des Deutschthums, da unverbürgten, übrigens noch nicht bestätigten Nachrichten zufolge der langjährige Prozeß des Fürsten von Hohenzollern als entschädigungsberechtigten Erben des letzten Herzogs von Curland gegen die russische Krone in letzter Instanz des Senats (von Richtern russischer Nationalität!) zu Gunsten der Krone entschieden sein soll, nachdem die Gerichte früherer Instanzen die Entschädigungsforderung anerkannt hatten. (Wes.-Z.)

## Amerika.

**Newyork**, 17. Nov. [Kaiser Maximilian. — Die Mission Sherman's.] Nachrichten aus Vera-Cruz, die bis zum 1. Nov. reichen, besagen, daß Kaiser Maximilian von dort nach der Hauptstadt abgereist sei. (Ist bereits widerlegt. D. R.) Nach Depeschen aus Washington werden General Sherman und Minister Campbell auf dem Wege nach Vera-Cruz sich in Havannah aufhalten und dort wahrscheinlich mit General Sheridan zusammentreffen. — In New-Orleans geht das Gerücht, General Sherman gehe nach Mexico als Vorläufer einer Occupations-Armee. Es herrscht große Thätigkeit bei der Sendung von Vorräthen und Equipirungen an die amerikanischen Truppen am Rio Grande. General Ortega hat beschlossen in Brazos zu bleiben. Der Gouverneur von Durango und General Sedgwick sollten am 9. November eine Berathung mit ihm halten.

---

# Provinzial-Zeitung.

**Breslau**, 3. Dezember. [Polizeiliches.] Gestohlen wurde: Ritterplatz Nr. 1 fünf Paar neue hohe Sergeschuhe mit Gummizug, und aus dem am Berliner Platze belegenen Braun'schen Getreide-Speicher 2 Sack Weizen und 3 Sack Roggen. Klosterstraße 24, 1 Paar getragene Commißstiefeln mit Sporen, 1 getragenes blaugestreiftes Commißhemde, 1 Stück neue rohe Leinwand und 1 Paar Fußlappen. Einem Landwirthe, während das Gespann desselben vor einem Gasthause in der Matthiasstraße unbeaufsichtigt stand, aus dem Wagen ein Mantel von blauem Tuch mit langem Kragen.

Abhanden gekommen: einem Bewohner Breslau's auf der mittelst Eisenbahn zurückgelegten Reise von Oderberg bis Breslau 64 Gulden österreichische Währung und eine auf den Kaufmann Adolph Deutsch lautende Paßkarte.

Polizeilich mit Beschlag belegt wurden: 4 Rollen altes Zinkblech im Gewicht von 60—70 Pfund.

Verloren wurde: ein brauner, mit lila Seide gefutterter Pelzkragen. (Prov.-Ztg.)

---

=u= **Grünberg**, 2. Dezember. [Bürgermeister Bratsch. — Petition.] Nach soeben aus Leipzig hierher gelangten Nachrichten ist der flüchtige Bürgermeister Bratsch aus Deutsch-Wartenberg in Roederau bei Leipzig erkannt und festgenommen worden; sein Eintreffen in Grünberg wird heut oder morgen erwartet, wo ihn wohl vorläufig das Inquisitoriat in seine Mauern aufnehmen wird. Wie verlautet, ist der frühere Bürgermeister von Freystadt, von Sonsfeld, der bei der kürzlich dort stattgehabten Neuwahl nicht wiedergewählt worden ist, zum stellvertretenden Bürgermeister in Wartenberg ernannt worden. — Heute wird auf Anregung des Herrn Commercien-Raths Foerster eine Versammlung zusammentreten, die eine Petition an die jetzt tagenden Kammern in Bezug auf unser Eisenbahn-Project richten wird. Man hofft, daß diese Petition nicht ganz ohne Erfolg bleiben dürfte.

---

△ **Brieg**, 1. Dez. [Ein frecher Einbruch] ist heute in der Behausung des Kaufmann Hermann auf dem Markte verübt worden. Als näm-

lich der Hausknecht desselben in früher Morgenstunde vom Hausflur aus in das Verkaufsgewölbe seines Herrn getreten war und von innen die äußere Ladenthür öffnen wollte, bemerkte er zu nicht geringem Erstaunen, daß die beiden Thüren nur lose an einander gelehnt waren. Anfänglich nur eine einfache Nachlässigkeit beim Verschließen vermuthend, ahnte weder er noch irgend Jemand einen Einbruch, da im Kaufmannsgewölbe selbst sich Alles, auch die Kasse in bester Ordnung befand. Als man jedoch in die hinter dem Gewölbe nach dem Hofe zu gelegene Arbeitsstube des Principals trat, wo dessen Schreibtisch steht, erblickte man verschiedene Unordnung, und vor Allem bemerkte man die Scheiben eines Fensterflügels zerschlagen, den nach außen sich öffnenden eisernen Fensterladen, der innen durch zwei einfache Haken verschlossen gewesen war, geöffnet und das zwischen diesem eisernen Laden und dem Glasfenster befindliche Gitter, das aus sehr starken eisernen Stäben besteht, demolirt. Die Diebe hatten das untere Mauerwerk, in welches das Eisengitter eingelassen war, aufgebrochen, die erste der mittleren Eisenstäbe gewaltsam aus dem Gitter herausgezogen, dann eine Scheibe des Fensters eingeschlagen und dieses geöffnet, worauf sie durch die entstandene Gitterlücke in das Zimmer gelangten. Hier mußten sie mit der Oertlichkeit gut bekannt gewesen sein, auch mit dem Umstande, daß in der letzten Zeit der Diener H.'s nicht mehr, wie früher, in diesem Locale schlief. Aus dem hier befindlichen Schreibtische sind an 1200 Thlr. gestohlen worden. Außerdem ist ein feiner Pelz und ein Bund Schlüssel entwendet. Ein Trinkglas lag zerschlagen auf dem Fußboden, desgleichen ein breites Stemmeisen, mittelst dessen der Schreibtisch erbrochen worden war. Man vermuthet, daß sich die Diebe am Abende vorher im Hause haben einschließen lassen und daß sie dann, nachdem sie während der Nacht den Raub verübt, ihren Weg unbemerkt durch die äußere Thür des Kaufmannsladens genommen hatten.

△ **Brieg**, 2. Dezember. [Die Verhaftung] des Verbrechers, der in gestriger Nacht bei dem Kaufmann Hermann den frechen Diebstahl verübte, ist bereits erfolgt. Es ist dies der ehemalige Hausknecht des Kaufmann H., Carl Köcher aus Clausche, Kr. Namslau. Derselbe war vorgestern Abend mit dem Bahnzuge von Breslau hier angekommen, bemerkte auch alsbald auf dem hiesigen Bahnhofe das abgeladene Bahnhofsgepäck auf einige Minuten unbewacht, erfaßte sofort einen dort stehenden schwarzen Reisekoffer und ein modernes Jagdgewehr, entwendete Beides und ließ es durch einen Knaben nach dem Gasthofe zur „Linde" vor dem Mollwitzer-Thor tragen. Hier nahm Köcher eine Erfrischung zu sich, entfernte sich darauf und kam erst um circa 2 Uhr Nachts wieder, worauf er sich noch durch 3 Glas Grog stärkte. Dann verlangte er vom dortigen Hausknecht die sofortige Besorgung einer Lohnfuhre nach Ohlau; da er diese aber nicht erhielt, so ließ er Extrapost bestellen, die ihm auch, nachdem er sich für einen Kaufmann S. aus Myslowitz ausgegeben hatte, gestellt wurde. Mit dieser fuhr er bis Ohlau und von da mit frischen Pferden nach Breslau, von wo er mit dem nächsten Bahnzuge nach Schweidnitz reiste. Hier verkaufte er den Pelz des Kaufmann H., kaufte sich einen anderen und einen neuen Ueberzieher, und traf dann gestern Abend per Bahn in Striegau ein. Kaufmann Hermann, bei dem der ꝛc. Köcher vor etwa 6 Jahren in Diensten gestanden hatte, wegen Untreue aber entlassen worden war, hatte vor längerer Zeit zufällig in der Zeitung gelesen, daß sein ehemaliger Hausknecht wegen eines Verbrechens in die Strafanstalt nach Striegau abgeliefert worden sei. Nach getroffenen Recherchen bei dem hiesigen Gastwirth in der Linde lenkte Herr Hermann nun die Aufmerksamkeit der hiesigen Polizeibehörde auf den ꝛc. Köcher, der inzwischen in Freiheit gesetzt worden war und in Striegau eine Wohnung besaß, worauf alsdann durch die dortige Polizeibehörde in verflossener Nacht die Verhaftung des Verbrechers daselbst erfolgte. Heute Vormittag ist seine Ablieferung nach hier bereits erfolgt. Er befand sich noch im Besitz der neuen in Schweidnitz gekauften Kleidungsstücke und des größten Theiles des gestohlenen Geldes; ebenso sind auch der hier von ihm gestohlene Koffer und das qu. Jagdgewehr zugleich mit ihm hierselbst angelangt.

## Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

**Paris, 3. Dezember. Der „Moniteur" bringt aus Mexico vom 1. November folgende Nachricht: Der Kaiser Maximilian befindet sich seit dem 27. October in Orizaba. Die Dauer seines Aufenthalts daselbst ist unbekannt. Marschall Bazaine ist am 10. nach Mexico zurückgekehrt. Die Republikaner wurden am 15. October und 21. October geschlagen, dagegen besiegten sie am 18. October eine österreichisch-mexicanische Colonne.** (Wolff's T. B.)

**Florenz, 2. Dez. Es ist eine Commission für die Recrutirungsfrage und für die Armee-Organisirung ernannt.** (Wolff's T. B.)

**Hannover**, 2. Dezbr. Geh. Regierungs-Rath Maybach, bisher Director der Ostbahn, ist zum General-Director der hannoverschen Staatsbahnen ernannt worden.

**Paris**, 2. Dez. Nachrichten aus Cairo vom 27. v. M. melden: Der Vice-König hat die Notabeln-Versammlung mit einer Rede eröffnet, in welcher er daran erinnert, was sein Großvater und sein Vater für Egypten gethan hätten, indem sie den Zustand der Insel in Einklang mit der modernen Gesellschaft setzen wollten. Der Vice-König wolle das Werk derselben fortsetzen, deshalb habe er einen repräsentativen Rath für die inneren Angelegenheiten berufen, um alle Interessen zu gewährleisten.

**Florenz**, 1. Dez. In Folge des heutigen Verhörs vor der Senats-Commission wurde Admiral Persano im Senatslocal in Haft genommen. — Ein Rundschreiben des Finanzministers regelt die Zinsenzahlung der italienischen Rente für Januar. — Die „Italie" schreibt: Aus Rom eingetroffene Nachrichten verstärken die Befürchtungen, daß die clericale Partei Unruhen hervorrufen möchte, um den Papst zu einem äußersten Entschluß zu drängen.

**Konstantinopel**, 1. Dezbr. Die officiellen Journale beobachten in neuester Zeit über die Verhältnisse in Candia Stillschweigen. Die vollständige Pacification dieses Landes wird bezweifelt. Die den Insurgenten zur Unterwerfung gesetzte Frist ist abgelaufen und die Kämpfe sollen wieder begonnen haben. Die zum Tode verurtheilten Insurgenten hoffen, begnadigt zu werden, da sich die Gesandten Rußlands und der Vereinigten Staaten von Nordamerika für sie verwandt haben sollen.

[**Breslauer Börse vom 3. Dezember.**] [Schluß-Course.] 1 Uhr Nachmittags. Russisch Papiergeld 80⅚—¾ bez. Oesterr. Banknoten 78⅜—½ bez. Schles. Rentenbriefe 91⅝ Br. Schles. Pfandbriefe 87 Br. Oesterr. National-Anleihe 52½ Gld. Freiburger 142½ Br. Neisse-Brieger 101½ Gld. Oberschles. Litt. A. und C. 174¾ bez. Wilhelmsbahn 51½ Br. Oppeln-Tarnowitzer 76 Br. Oesterr. Creditb.-Actien 58¾ Gld. Schles. Bank-Verein 113½ Br. 1860er Loose 63 Br. Amerikaner 75½ bez. Warschau-Wiener 63—62¾ bez. u. Gld. Minerva 30¾ bez.

**Breslau, 3. Dezember. Preise der Cerealien.**

Festsetzungen der polizeilichen Commission pr. Scheffel in Silbergroschen.

| | fein | mittel | ordin. | | fein | mittel | ordin. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Weizen, weißer | 93—99 | 87 | 83—84 | Gerste | 58—60 | 55 | 50—53 |
| do. gelber | 89—93 | 86 | 82—84 | Hafer | 34 | 33 | 31—32 |
| Roggen | 69 | 68 | 67 | Erbsen | 68—72 | 64 | 55—60 |

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Commission zur Feststellung der Marktpreise von **Raps und Rübsen.**

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Raps | 210 | 200 | 180 | pr. 150 Pfd. Brutto in Sgr. |
| Winterrübsen | 192 | 182 | 170 | |
| Sommerrübsen | 172 | 162 | 152 | |
| Dotter | 170 | 160 | 150 | |

**Loco- (Kartoffel-) Spiritus** pr. 100 Qrt. bei 80% Tralles 16$\frac{1}{12}$ Br. 15⅚ Gld.

Officiell gekündigt: — Ctr. Weizen. — Ctr. Roggen. — Ctr. Hafer. — Ctr. Rapskuchen. — Ctr. Rüböl. — Ctr. Leinöl. — Qrt. Spiritus.

## Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

**Paris**, 1. Dezember, Nachm. 3 Uhr. Die Haltung der Börse war ziemlich fest. Die 3% Rente schloß pr. Ende Monats zu 69, 62½, pr. Liquidation zu 68, 77½. Consols von Mittags 1 Uhr waren 88⅜ gemeldet.

Schluß-Course: 3proc. Rente 69, 72½. Ital. 5proc. Rente 55, 85. 3proc. Spanier —. 1proc. Spanier —. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 407. 50. Credit-Mob.-Aktien 588, 75. Lombard. Eisenbahn-Aktien 397, 50. Oesterreich. Anleihe von 1865 pr. cpt. 306. 25. 6% Ver.-St. pr. 1882 80.

**London**, 1. Dezbr. Nachm. 4 Uhr. Consols 88¼, 1% Spanier 31½, Sardinier 73, Ital. 5% Rente 54¾, Lombarden 15⅝, Mexicaner 19¾, 5% Russen 86½, Neue Russen 86½, Silber 60⅞, Türkische Anleihe 32¼, 6% Ver. St.-Anl. pr. 1828 70¾.

**Wien**, 1. Dezember. Bei der heute stattgefundenen Ziehung der 1864er Loose fiel der erste Hauptgewinn auf Nr. 43 der Serie 3607, der 2. Hauptgewinn von 15,000 Gulden auf Nr. 26 der Serie 1283, der 3. Hauptgewinn von 10,000 Gulden auf Nr. 22 der Serie 3607, der 4. Hauptgewinn von 5000 Gulden auf Nr. 60 der Serie 2972, der 5. und 6. Hauptgewinn auf Nr. 9 der Serie 3607 und Nr. 64 der Serie 1366. Außerdem wurden gezogen die Serien 543, 980, 1371, 3366.

**Wien**, 2. Dezember. (Privatverkehr.) Ziemlich flaue Stimmung, unbelebtes Geschäft. Credit-actien 151, 50, Staatsbahn 205, 80, 1860er Loose 80, 40, 1864er Loose 72, 70, Nordbahn 152, 30, Lombarden 202, 00.

**Wien**, 1. Dezbr. [Abendbörse.] Nordbahn angeboten, für Staatsbahn Käufer. Credit-Actien 152, 20. Nordbahn 153, 00. 1860er Loose 80, 60. 1864er Loose 73, 00. Oesterr.-Französische Staatsbahn 206. 20. Galizier 221, 50. Czernowitzer 185, 75. Creditloose 00, 00.

**Frankfurt a. M.**, 1. Dezbr., Nachm. 2 Uhr 30 M. Fest, aber stille. Schluß-Course. Preußische Cassenscheine 105. Berliner Wechsel 105. Hamburger Wechsel 88½. Londoner Wechsel 118¾. Pariser Wechsel 94¼. Wiener Wechsel 91¾. Finnländ. Anleihe —. Neue 4½% Finnländ. Pfandbriefe —. 6% Verein. St.-Anl. pro 1882 75¼. Oesterr. Bankantheile 643. Oesterr. Credit-Actien 137. Darmst. Bank-Actien 211. Meininger Credit-Actien —. Oesterreich.-Franz. Staats-Eisenb.-Actien —. Oesterr. Elisabetbahn. — Böhm. Westbahn —. Rhein-Nahebahn —. Ludwigshafen-Bexbach 150⅞. Hessische Ludwigsbahn 130¼ Darmstädter Zettelbank —. 1854er Loose 57⅛. 1860er Loose 63⅝. 1864er Loose —. Badische Loose —. Kurhessische Loose —. Baierische Prämien-Anleihe 95⅜. Oesterr. National-Anlehen 50¾. 5% Metalliques —. 4½% Metalliques —. 4½% Metalliques 37¼.

**Frankfurt a. M.**, 2. Dezember. (Effecten-Societät.) Matte Stimmung. Wiener Wechsel 92 Br. Amerikaner 75. Oesterr. Bankantheile 650 Br. Ludwigshafen-Bexbach 152⅛ Br. Hessische Ludwigsbahn 130¼ Br. 1860er Loose 63½. 1864er Loose 66¾ Br. Badische Loose 51½. Kurhess. Loose 54¾ Br. Oesterreich. National-Anleihe 50½. 4½% Metalliques 37¾. Baierische Präm.-Anl. 95⅝.

**Hamburg**, 1. Dezbr., Nachm. 2 Uhr 30 Min. Fonds lebhaft, höher, Valuten angenehmer. Schluß-Course: National-Anl. 51½. Oesterreich. Credit-Actien 58. Oesterr. 1860er Loose 62¾. Mexicaner —. Vereinsbank 110¼. Norddeutsche Bank 121¼. Rheinische 116½. Nordbahn 80½. Altona-Kieler alte 138½, neue 132. Finnländische Anleihe 82⅛. 1864er Russ. Prämien-Anleihe 87¼. 1866er Russ. Prämien-Anleihe 83 B. 6pCt. Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 68⅛. Disconto 3¾%.

**Hamburg**, 2. Dez., Nachm. Die Stimmung im heutigen Privatverkehr in der Börse war matt; die Course waren meistentheils niedriger, nur neue Altona-Kieler Eisenbahnactien zu 134, ohne Abgeber begehrt.

**Hamburg**, 1. Dezbr. [Getreidemarkt.] Weizen ruhiger Markt, Termine unverändert, ab auswärts still. Roggen still, Termie wenig verändert, ab auswärts ruhig, Danzig pr. Mai 83—84 bez. Oel ruhig, loco 26¼—26, pr. Mai 27⅜. Kaffee fester Markt. Zink ruhiges Geschäft.

**Liverpool**, 1. Dezbr., Mittags. Baumwolle: 10,000 Ballen Umsatz. Fester Markt. Middling amerikanische 14, middling Orleans 14½, fair Dhollerah 10¾, good middling fair Dhollerah 10⅜, middling Dhollerah 10, Bengal 7½, Oomra 10¾, Pernam 15.

**Antwerpen**, 1. Dezbr. Petroleum, raff. Type, weiß, 57½ Frcs. per 100 Ko.

**Paris**, 1. Dezember, Nachmittag 3½ Uhr. Rüböl pr. Dezember 101, 50, pr. Januar-April 101, 00, pr. Mai-August 101, 00. Mehl pr. Dezember 73, 00, pr. Januar-April 75, 00. Spiritus pr. Dezember 61, 00.

## Berliner Börse vom 1. Dezember 1866.

**Fonds- und Geld-Course.**

| | Zf. | |
|---|---|---|
| Freiw. Staats-Anl. | 4½ | 98¾ B. |
| Staats-Anl. von 1859 | 5 | 103⅜ bz. |
| dito 1850, 52 | 4 | 89 bz. |
| dito 1853 | 4 | 89 bz. |
| dito 1854 | 4½ | 98⅞ bz. |
| dito 1855 | 4½ | 98⅞ bz. |
| dito 1856 | 4½ | 98⅞ bz. |
| dito 1857 | 4½ | 98⅞ bz. |
| dito 1858 | 4½ | 98⅞ bz. |
| dito 1864 | 4½ | 98⅞ bz. |
| Staats-Schuldscheine | 3½ | 85⅝ bz. |
| Präm.-Anl. von 1855 | 3½ | 119¼ G. |
| Berliner Stadt-Oblig. | 4½ | 98¾ bz. |
| Pfandbriefe. Kur- u. Neumärk. | 3½ | 79⅛ B. |
| Pommersche. | 3½ | 79 bz. |
| Posensche | 4 | — — — |
| dito | 3½ | — — — |
| dito neue | 4 | 88¼ G. |
| Schlesische | 3½ | 87 bz. |
| Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk. | 4 | 90⅛ bz. |
| Pommersche | 4 | 90 bz. |
| Posensche | 4 | 89 bz. |
| Preussische | 4 | 90¼ bz. |
| Westph. u. Rhein. | 4 | — — — |
| Sächsische | 4 | 91¼ B. |
| Schlesische | 4 | 91¼ bz. |

Louisd'or 110⅞ bz. — Oest.Bk. 79 bz.
Geldkr. 9. 8 G. — Poln.Bkn. — — —

**Ausländische Fonds.**

| | Zf. | |
|---|---|---|
| Oesterr. Metalliques | 5 | 44¾ bz. |
| dito Nat.-Anl. | 5 | 52¼ bz. |
| dito Lot.-A.v.60 | 5 | 63½ bz. |
| dito dito 64 | — | 38½ B. |
| dito 54er Pr.-A. | 4 | 58¼ G. |
| dito Eisenb.-L. | — | 67¾ bz. |
| Ital. neue 5proc.Anl. | 5 | 53½ à ¾ bz. |
| Russ. Engl. Anl. 1862 | 5 | 87 bz. |
| dito Holl. Anl. 1864 | 5 | 88 G. |
| dito Poln.Sch.-Obl. | 4 | 63½ bz. |
| Poln.Pfandbr.III.Em. | 4 | 61¼ G. |
| Poln. Obl. à 500 Fl. | 4 | 88¾ etw. bz. |
| dito à 300 | 5 | 90 B. |
| Kurhess. 40Thlr. Obl. | — | Verloosung. |
| Baden. 35 Fl. Loose | — | — — — |
| Amerikan. St.-Anl. | 6 | 75⅝ bz. |

**Eisenbahn-Prioritäts-Actien.**

| | Zf. | |
|---|---|---|
| Berg.-Märkische | 4½ | 96¼ B. |
| dito II. | 4½ | 95 G. |
| dito IV. | 4½ | 93 G. |
| dito III.v.St.3½g. | 3½ | 76⅝ bz. |
| Cöln-Minden | 4½ | 97½ G. |
| dito II. | 5 | 102 B. |
| dito | 4 | 84¾ bz. |
| dito III. | 4 | 83¼ bz. |
| dito | 4½ | 94 G. |
| dito IV. | 4 | 83⅜ bz. |
| dito V. | 4 | 82¼ B. |
| Cos.-Oderb. (Wilh.) | 4 | 81 G. |
| dito III. Em. | 4½ | — — — |
| Gal. Ludwigsb. | 5 | 76⅞ B. |
| Niederschl.-Märk. | 4 | 88¾ G. |
| dito conv. | 4 | 88¾ G. |
| dito III. | 4 | 87¾ G. |
| dito IV. | 4½ | 96½ G. |
| Ndschl. Zweigb. L. C. | 5 | 100 G. |
| Oberschles. A. | 4 | — — — |
| dito B. | 3½ | — — — |
| dito C. | 4 | 88 G. |
| dito D. | 4 | 88 G. |
| dito E. | 3½ | 78½ G. |
| dito F. | 4½ | 93 G. |
| Oest.-Franz. | 3 | 241 G. |
| Oest. südl. St.-B. | 3 | 222½ b. u. G. |
| Rhein v. St. gar. | 4½ | 95⅛ G. |
| Rhein-Nahe-B. gar. | 4½ | 94½ bz. |

**Eisenbahn-Stamm-Actien.**

| Dividende pro | 1864 | 1865 | Zf. | |
|---|---|---|---|---|
| Aachen-Mastrich | — | — | 4 | 31½ G. |
| Amsterd.-Rottd. | 6$\frac{19}{20}$ | — | 4 | 105 bz. |
| Berg.-Märkische | 7½ | 9 | 4 | 154 bz. |
| Berlin-Anhalt | 11⅝ | 13 | 4 | 221¼ bz. |
| Berlin-Görlitz | — | — | 4 | 70½ bz. |
| dito St.-Prior. | — | — | 5 | 99¾ bz. |
| Berlin-Hamburg | 10 | 9½ | 4 | 158½ bz. |
| Berl.-Potsd.-Mgd | 16 | 16 | 4 | 215 bz. |
| Berlin-Stettin | 7⅝ | — | 4 | 128½ G. |
| Böhm.-Westb. | 5 | — | 5 | 60½ G. |
| Breslau-Freib. | 8⅔ | 9 | 4 | 142½ bz. |
| Cöln-Minden | 15⅝ | — | 4 | 149½ bz. |
| Cosel-Oderberg | ¾ | 2½ | 4 | 51¼ bz. |
| dito St.-Prior. | — | — | 4½ | 76½ B. |
| dito dito | — | — | 5 | 83¼ B. |
| Galiz. Ludwigsb. | 9 | — | 5 | 87 B. |
| Ludwigsh. Bexb. | 9⅕ | 10 | 4 | 152 B. |
| Magd.-Halberst. | 25 | 15 | 4 | 197 bz. |
| Magdb.-Leipzig | 18¼ | — | 4 | 270½ G. |
| Mainz-Ludwigsh | 7½ | — | 4 | 121¾ bz. |
| Mecklenburger | 3½ | 3 | 4 | 78 bz. |
| Neisse-Brieger | 4⅔ | 5$\frac{5}{12}$ | 4 | 102½ G |
| Niedrschl.Märk. | 4 | 4 | 4 | 89¼ bz. |
| Niedrschl. Zwgb. | 4$\frac{1}{12}$ | 3⅔ | 4 | 82½ G. |
| Nordb.Fr.-Wilh. | 3$\frac{11}{15}$ | — | 4 | 82 à 81 à ¾ bz. |
| Oberschles. A. | 10 | 11⅔ | 3½ | 174 bz. |
| dito B. | 10 | 11⅔ | 3½ | 153½ G. |
| dito C. | 10 | 11⅔ | 3½ | 174 bz. |
| Oestr.-Fr. St.-B. | 5 | — | 5 | 107⅜ à ⅞ bz. |
| Oest. südl. St.-B. | 6 | 7⅕ | 5 | 106½ à ¾ bz. |
| Oppeln-Tarnow. | 3¼ | 3¼ | 5 | 76 bz. |
| Rheinische | 6¼ | — | 4 | 118 bz. |
| dito Stamm-Pr. | 6¼ | 7 | 4 | — — — |
| Rhein-Nahebahn | — | — | 4 | 28¾ à 29¼ bz. |
| Stargard-Posen | 3½ | — | 4½ | 93½ bz. |
| Thüringer | 8 | 8⅔ | 4 | 132½ bz. |
| Warschau-Wien | 7$\frac{11}{12}$ | — | 5 | 62½ bz. |

**Bank- und Industrie-Papiere.**

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Berl. Kassen-V. | 7$\frac{1}{10}$ | 8½ | 4 | 159 B. |
| Braunschw. B. | — | — | 4 | 87 G. |
| Bremer Bank | 7$\frac{9}{10}$ | 6½ | 4 | 117⅛ G. |
| Danziger Bank | 7½ | 7$\frac{9}{10}$ | 4 | 109 G. |
| Darmst. Zettelb. | 8 | 7½ | 4 | 95 B. |
| Geraer Bank | 8 | 7⅝ | 4 | 105 B. |
| Gothaer „ | 7 | 7½ | 4 | 98 B. |
| Hannoversche B. | 5⅔ | 4 | 4 | 83¾ G. |
| Hamb. Nordd. B. | 7⅝ | 9 | 4 | 120 B. |
| „ Vereins-B. | 7$\frac{21}{32}$ | 8$\frac{19}{32}$ | 4 | 109½ G. |
| Königsberger B. | 6¾ | 6½ | 4 | 113 G. |
| Luxemburger B. | 4 | 6 | 4 | 80 G. |
| Magdeburger B. | 5$\frac{9}{10}$ | 5½ | 4 | 92 etw. bz. |
| Posener Bank | 7 | 6½ | 4 | 101 B. |
| Preuss. Bank.-A. | 10$\frac{19}{20}$ | 10$\frac{14}{15}$ | 4½ | 150½ bz. |
| Thüringer Bank | 4 | 4 | 4 | 86 G. |
| Weimar „ | 7 | 6½ | 4 | 94½ B. |
| Berl. Hand.-Ges. | 8 | 8 | 4 | 107 G. |
| Coburg Credb.A. | 8 | 8¼ | 4 | 90 B. |
| Darmstädter „ | 6 | 6½ | 4 | 84½ B. |
| Dessauer „ | — | — | — | 2¼ B. |
| Disc.-Com.-Anth | 6½ | — | 4 | 99¼ bz. |
| Genfer Credb.-A. | — | ½ | 4 | 27⅝ bz. |
| Leipziger „ | 4 | — | 4 | 80etw bz.u.G. |
| Meininger „ | 7¼ | — | 4 | 94½ B |
| Moldauer Lds.-B. | — | — | 4 | 18½etw.bz u G. |
| Oesterr.Credb.A. | 5 | — | 5 | 59 bz. |
| Schl. Bank-Ver. | 6½ | 7½ | 4 | 113 etw. B. |
| Minerva | — | 1 | 5 | 39¾ B. |
| Fbr.v.Eisenbdf. | 8½ | 5½ | 5 | 106½ B. |

**Wechsel-Course.**

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Amsterdam 250 Fl. | 10T. | 144¼ bz. | Augsburg 100 Fl. | 2 M. | 56.22 bz. |
| dito dito | 2 M. | 143¼ bz. | Leipzig 100 Thlr. | 8 T. | 99¾ G. |
| Hamburg 300 Mk. | 8 T. | 152 bz. | dito dito | 2 M. | 99⅙ G. |
| dito dito | 2 M. | 151⅛ bz. | Frankfurt a. M. 100 Fl. | 2 M. | 56.22 bz. |
| London 1 Lst. | 3 M. | 6.22⅛ bz. | Petersburg 100 S.-R. | 3 W. | 89 bz. |
| Paris 300 Frcs. | 2 M. | 80$\frac{7}{12}$ bz. | dito dito | 3 M. | 87¾ bz. |
| Wien 150 Fl | 8 T. | 78¾ bz. | Warschau 90 S.-R. | 8 T. | 81 bz. |
| dito | 2 M. | 78¼ bz. | Bremen 100 Thlr.Gold | 8 T. | 110½ bz. |

**Berlin**, 1. Dezbr. **Roggen** loco 78—84pfd. 55¾—57½ Thlr. ab Bahn bez. — **Rüböl** loco 12⅔—⅚ Thlr. bez. — **Spiritus** loco ohne Faß 16$\frac{7}{12}$—½ Thlr. bez., Dez. und Dez.-Jan. 16$\frac{7}{12}$—$\frac{5}{12}$ Thlr. bez., Br. und Gld., April-Mai 16$\frac{11}{12}$—17—16⅞ Thlr. bez., Mai-Juni 17¼ Thlr. Br., $\frac{1}{12}$ Thlr. Gld.

⊕ **Breslau**, 3. Dezember. Wind: West. Wetter: veränderlich. Thermometer Früh 1 Grad Wärme. Bei vermehrten Angeboten zeigte sich die Kauflust am heutigen Markte ruhiger und kam eine mehr oder minder matte Stimmung zur Geltung.

**Weizen** preishaltend, pr. 70 Pfd. schlesischer weißer 83—99 Sgr., gelber 82—94 Sgr., feinste Sorte 2—3 Sgr. über Notiz bezahlt. — **Roggen** wurde im Verlaufe des Marktes billiger erlassen, pr. 84 Pfd. 66—69 Sgr., feinste Sorten vereinzelt bis 70 Sgr. bezahlt. — **Gerste** behauptet, pr. 74 Pfd. weiße 58—60 Sgr., gelbe 50—55 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt. — **Hafer** beachtet, pr. 50 Pfd. 31—34 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt. **Erbsen** mehr angeboten. — **Wicken** gefragt — **Oelsaaten** ohne Aenderung. — **Lupinen** ohne Frage. — Schlesische Bohnen gefragter. — **Schlaglein** schwach beachtet. — **Rapskuchen** begehrt, 51—53 Sgr. pr. Ctr.

## Submissionen.

**Berg-Inspection** VI. **der Grube Reden-Marchweiler zu Neunkirchen** (Bergbezirk Saarbrücken). Lieferung einer Wasserhaltungs-Maschine für den Redenschacht Nr. 1, einer Dampfmaschine nebst den erforderlichen Apparaten zu einer Dampfsäge-Anlage und von 3 Centesimal-Brückenwaagen von je 400 Ctr. Normalbelastung, Termin im Schichtmeisterei-Bureau zu Neunkirchen: 15. Dezember.

**Hessische Ludwigsbahn.** Lieferung des Bedarfs an Materialien pro 1867, bestehend u. A. in 350,000 Ctr. Steinkohlen, 300 Ctr. Holzkohlen, 1500 Ctr. Eisen, gewalzt und geschmiedet, 150 Ctr. Eisenblech, 400 Ctr. Eisenguß, 50 Ctr. Rothguß, 70 Ctr. Kupfer, gewalzt in Stangen, 60 Ctr. Kupfer, gewalzt in Platten, 20 Ctr. Blockblei, 15 Ctr. Tafelblei, 8 Ctr. Zink, 50 Ctr. Zinn, 8 Ctr. Antimonium Regulus, 250 Ctr. Rüböl, 450 Ctr. Petroleum, Prima-Qualität, 6 Ctr. Alaun, 6 Ctr. Soda caust ꝛc. Termin in Mainz: 15. Dezember.

# Sprechsaal.

## Zu den Wahlen des norddeutschen Parlaments.

Es ist vor kurzer Zeit in Ihrer Zeitung einer Broschüre unseres Mitbürgers, des Herrn Prof. Tellkampf, rühmend gedacht worden, welche die Reichsverfassung von 1849 als Grundlage eines einheitlichen und freiheitlichen Deutschlands darstellte. Daß zunächst eine Basis gefunden werden muß, auf welcher operirt werden kann, um diesem Wunsche so vieler deutschen Herzen nachzukommen, wenn wir nicht einem end- und ziellosen Principienstreit in dem neuen Parlament entgegensehen wollen, der über theoretische Fragen die Praxis aus dem Auge verliert und damit die Hauptaufgabe des Parlaments: schnelle Consolidirung des Nordbundes und Vorarbeiten zur Einigung mit Süddeutschland, sehr in Frage stellt. Wir wollen ja nicht jeden Paragraphen der Reichsverfassung angenommen wissen, wir glauben gern, daß in vielen Punkten eine Aenderung wird eintreten müssen, aber als positive Grundlage zur Entstehung einer ordentlichen deutschen Verfassung ist sie unbedingt nothwendig. Betrachten wir zudem den Zustand der annectirten Provinzen; in dem einen Theile von ihnen befinden sich Adel und niederes Volk im offenen Widerspruch mit der preußischen Regierung und dem intelligenten Mittelstande ist jede günstige Beeinflussung des Volks dadurch entzogen, daß es auf eine freiheitliche Entwickelung des preußischen Staates nicht hinweisen kann; ein anderer Theil der neuen Provinzen, welcher mit Freuden den Anschluß an Preußen begrüßte, fängt an, besorgt zu werden um seine bedeutenden Freiheitsrechte, die er bei einem reinen Aufgehen in den preußischen Staaten verlieren würde. Denken wir endlich daran, daß, wie aus dem Stuttgarter Programm erhellt, eine Einigung mit dem Süden, der doch so demokratisch gesinnt ist, nur auf freiheitlichen Principien erfolgen kann, so werden wir die Reichsverfassung, durch die Alle befriedigt werden, als das vorzügliche bindende Element des gesammten Vaterlandes ansehen müssen.

Der blutige Krieg dieses Jahres ist für die Einheit Deutschlands geführt worden, er hat den großen, mächtigen Anstoß dazu gegeben, das Parlament hat das gegebene Material auszubauen, wenn nicht Deutschland wieder der gewonnenen Früchte verlustig gehen will.

Wen haben wir also in das Parlament zu wählen?

So große Achtung wir auch vor der Energie unseres Ministerpräsidenten haben, wie sehr wir auch in vielen Punkten seine äußere Politik billigen, einen Mann, der blindlings der Führung des Ministeriums folgen will, können wir nicht wählen, weil wir bei unseren bestehenden Zuständen fürchten müssen, daß der Freiheit Gewalt angethan und die Einheit nicht ganz durchgeführt werden könnte, wenigstens nicht in Verbindung mit einem freiheitlichen Staatsleben.

Wir wollen aber auch insofern den bestehenden Verhältnissen Rechnung tragen, als wir nicht Denjenigen wählen werden, der sich auf den Standpunkt des non possumus mit dem jetzigen Ministerium stellt und sich auf Unterhandlungen nicht einläßt, sondern starr und consequent das einmal gefaßte Princip verfolgt.

Wählen wollen wir zunächst solche Männer, die schon im Jahre 1848 durch das Vertrauen des Volkes in National- oder Reichsversammlungen berufen wurden. Ihnen steht die große politische Erfahrung zur Seite, die eine Haupteigenschaft der Vertreter im norddeutschen Parlament sein muß. Wir wollen Männer, die bewiesen haben, daß sie in der Politik nicht mit abstracten Zahlen rechnen, sondern mit Berücksichtigung des Bestehenden thatkräftig das Ziel der Einheit Deutschlands verfolgen. Und wir brauchen nicht weit zu suchen, wir finden in der Mitte unserer Stadt solche Männer, deren Grundsätze vor den Augen der Welt offen liegen.

Um aber dies zu erreichen, ist eine Einigung der gesammten liberalen Partei nöthig, es darf hier auf die einzelnen Nüancirungen in derselben nicht ankommen. Bedenken wir, daß das allgemeine Wahlrecht ein großes Experiment ist, das eigentlich ein sehr freies Versammlungsrecht voraussetzt, wie wir es noch nicht in unserer Verfassung haben. Angesichts der feudalen Partei, die trotz ihrer vielen Schattirungen im Innern nach außen immer fest und geschlossen auftritt, muß die große liberale Partei nur das eine Ziel verfolgen, Vertreter aus ihrer Mitte ins Parlament zu senden.

Bedenken wir namentlich, wie die Wahlen zum Abgeordnetenhause in Schlesien ausgefallen sind, wie also Rührigkeit und Einheit der gesammten Liberalen zu wünschen ist. Noch ist es nicht zu spät, und wenn auch eine oder die andere liberale Fraction diesen gemeinsamen Boden verlassen hat, so ist noch nichts verloren und die gewünschte Einigung kann noch erzielt werden. Ein Schlesier.



Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.